



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
Main Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2016

**Haltungen und Bedürfnisse der Schweizer Bevölkerung zu E-Voting =
Attitudes of Swiss citizens towards the generalisation of e-voting**

Milic, Thomas ; McArdle, Michele ; Serdült, Uwe

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-127938>

Published Research Report

Published Version

Originally published at:

Milic, Thomas; McArdle, Michele; Serdült, Uwe (2016). Haltungen und Bedürfnisse der Schweizer Bevölkerung zu E-Voting = Attitudes of Swiss citizens towards the generalisation of e-voting. Aarau: ZDA.

Thomas Milic, Michele McArdle, Uwe Serdült

HALTUNGEN UND BEDÜRFNISSE DER SCHWEIZER BEVÖLKERUNG ZU E-VOTING



Studienberichte des Zentrums für Demokratie Aarau, Nr. 9

IMPRESSUM

Publikationsreihe des Zentrums für Demokratie Aarau (ZDA)
Herausgegeben von Andreas Glaser, Daniel Kübler und Béatrice Ziegler

ISBN-Nr: 978-3-9524228-8-5

Bezugsadresse:
Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA)
Villa Blumenhalde, Küttigerstrasse 21
CH - 5000 Aarau
Telefon: +41 62 836 94 44
E-Mail: info@zdaarau.ch
www.zdaarau.ch

© 2016 bei den Autoren

Inhaltsverzeichnis

1	Inhaltsverzeichnis	3
2	Einleitung	4
3	Die Nutzung von E-Voting	5
4	Nachfrage nach Onlinedienstleistungen der Behörden und Erwartungen an das E-Voting ..	6
4.1	Motive und Haltungen zum E-Voting	8
4.1.1	Vor- und Nachteile des E-Votings aus der Sicht der Stimmberechtigten	9
4.1.2	Argumente	12
5	Das Vertrauen in die elektronische Stimmabgabe	14
5.1	Das Vertrauen in E-Voting im Vergleich zu anderen Stimmkanälen.....	14
5.2	Vertrauensbildende Massnahmen.....	17
5.3	Die Haltung zur flächendeckenden Einführung des E-Votings.....	18
5.4	Schlussbemerkungen	26
5.5	Anhang	27
5.5.1	Die Befragung	27
5.5.2	Die Stichprobe	27
5.5.3	Weitere Tabellen und Abbildungen.....	28
6	Literaturverzeichnis	31

1 Einleitung

«Langfristig», so die damalige Bundeskanzlerin Corina Casanova in einem Gastbeitrag in der NZZ¹, «sollen alle Stimmberechtigten elektronisch abstimmen und wählen können.» Noch ist dies indessen nicht der Fall. Das liege daran, so die Bundeskanzlerin weiter, dass die folgenden beiden Fragen einstweilen nicht mit einem klaren Nein beantwortet werden können: «Besteht die Gefahr, dass Wahl- und Abstimmungsresultate manipuliert werden? Besteht die Gefahr, dass das Stimmgeheimnis systematisch verletzt wird?» In der Tat ist es von enormer Bedeutung für die Glaubwürdigkeit der Schweizer Wahl- und Abstimmungsdemokratie, dass die Bürger Vertrauen in die entsprechenden Entscheidungsprozesse haben. Wie aber denkt die Bevölkerung darüber? Hat sie schwerwiegende Sicherheitsbedenken oder fürchtet sie das Risiko einer Manipulation von Wahl- und Abstimmungsergebnissen? Wie denken die Stimmberechtigten generell über die Einführung des E-Votings², wie gross ist die Nachfrage nach diesem Stimmkanal und welche Merkmalsgruppen gehören zu den entschiedenen BefürworterInnen bzw. GegnerInnen des E-Votings? Diese und weitere Fragen versucht der vorliegende Beitrag zu beantworten.

Dabei wird zunächst auf die Nutzung des E-Votings eingegangen. Anschliessend folgt eine Bedarfsanalyse, die auch den Erwartungen der BürgerInnen an das E-Voting nachgeht. Der dritte Abschnitt beschäftigt sich sodann mit den Haltungen der Stimmberechtigten zu häufig vorgelegten Pro- und Kontra-Argumenten zum E-Voting. Der darauf folgende Teil ist dem Vertrauen gewidmet, das die Bürger in den elektronischen Stimmkanal setzen. Ein umfangreicher fünfter Abschnitt nimmt sodann die Haltungen zur Einführung des E-Votings genauer unter die Lupe: Welche Faktoren fördern die Unterstützungsbereitschaft des E-Votings und welche Faktoren verringern sie? Die Datenbasis zur Beantwortung dieser Fragen bildet eine Umfrage, die das Befragungsinstitut LINK im Auftrag des ZDA zwischen dem 11. und 21. April 2016 durchgeführt hat.

¹ <http://www.nzz.ch/meinung/kommentare/sicherheit-schafft-vertrauen-ld.2271>

² Es wäre präziser, von Internet-Voting zu sprechen. Mit E-Voting können zum Beispiel auch Touchscreen-Wahlmaschinen gemeint sein, die im Wahl- oder Abstimmungslokal stehen. Da in der Schweiz E-Voting aber der geläufigere Begriff ist, verwenden wir ihn hier gleichbedeutend mit Internet-Voting.

2 Die Nutzung von E-Voting

Elektronisches Abstimmen ist vorderhand primär den Auslandschweizer Stimmberechtigten vorbehalten (siehe auch: Germann/Serdült 2014; Germann et al. 2014), die sich zudem in einem Kanton, der diesen Stimmkanal auch anbietet, immatrikuliert haben. Bei den letztmaligen eidgenössischen Parlamentswahlen 2015 boten vier Kantone (GE, LU, BS, NE) die Möglichkeit des elektronischen Stimmens für ihre gesamthaft rund 34'000 registrierten Auslandschweizer Stimmberechtigten an. In den Kantonen Genf und Neuenburg konnten indes auch 96'000 *InlandschweizerInnen* elektronisch wählen. Insgesamt handelt es sich bei den Stimmberechtigten, denen der elektronische Stimmkanal offensteht, jedoch nach wie vor um eine äusserst kleine Minderheit aller Stimmberechtigten (siehe auch: Bundeskanzlei 2013; Serdült et al. 2015).

Von den Befragten gaben deshalb auch nur sechs Prozent ($n=73$)³ an, bei einer vergangenen Abstimmung bzw. einer vergangenen Wahl die Möglichkeit der elektronischen Stimmabgabe gehabt zu haben. Wenig überraschend waren dies in erster Linie Stimmberechtigte aus den drei Kantonen Genf, Neuenburg und Waadt.⁴ Das lag auch daran, dass Auslandschweizer Stimmberechtigte nicht zur Grundgesamtheit der vorliegenden Befragung gehörten (siehe dazu den Abschnitt zur Datengrundlage).

Von den 73 Befragten, welche die Möglichkeit hatten, elektronisch abzustimmen, machte etwas weniger als die Hälfte (41%) gemäss eigenem Bekunden auch effektiv Gebrauch davon. Auf ähnliche Werte gelangt man im Übrigen auch dann, wenn man nur die *regelmässigen UrnengängerInnen*⁵ berücksichtigt. Bei Befragten, die beispielsweise keinen einzigen Urnengang auslassen, beträgt der entsprechende Nutzungswert 39 Prozent, während er für solche, die sich oft (aber nicht immer) beteiligen, gar auf rund 50 Prozent ansteigt. Indes, diese Werte sind aufgrund der teilweise sehr geringen Fallzahlen mit äusserster Vorsicht zu geniessen. Aus diesem Grund wurde auch auf eine weitere soziodemographische Aufschlüsselung der Nutzung des E-Voting-Kanals verzichtet.

TABELLE 1: NUTZUNG VON E-VOTING (ANTEIL IN %)

NUTZUNGSVARIANTEN	N	JA	NEIN
MÖGLICHKEIT DER NUTZUNG VON E-VOTING	1228	6	91
EFFEKTIVE NUTZUNG VON E-VOTING	73	41	59

Das Total von «Ja» und «Nein» ergibt nicht immer 100 Prozent, da es auch solche Befragten gab, die auf die entsprechenden Fragen mit «Weiss nicht» antworteten.

³ Die gesamtschweizerischen Anteile sind stets gewichtet. Zur Gewichtung siehe den methodischen Abschnitt im Anhang. Bei den angegebenen Fallzahlen handelt es sich hingegen um die ungewichteten Fallzahlen.

⁴ Gefragt wurde nach dem *aktuellen* Wohnsitz. Deshalb ist es durchaus möglich, dass Befragte, die aktuell in einem Kanton stimmberechtigt sind, in welchem kein E-Voting angeboten wird, *zuvor* in einem Kanton lebten, in welchem E-Voting angeboten wurde.

⁵ Der präzise Wortlaut der Frage, die zur Messung der Abstimmungshäufigkeit diente, lautete wie folgt: «An Abstimmungen nimmt häufig weniger als die Hälfte von allen Stimmberechtigten teil. Wie ist das bei Ihnen? Angenommen, in einem Jahr gibt es 10 Abstimmungen. An wie vielen davon nehmen Sie normalerweise teil?»

Gefragt wurde zudem, wie gross die Wahrscheinlichkeit sei, dass man *häufiger* abstimmen würde, stünde einem der elektronische Stimmkanal offen. Die Frage ist hypothetischer Natur und demnach müssen auch die Antworten darauf mit Umsicht interpretiert werden. Insgesamt gaben 17 Prozent an, sie würden auf jeden Fall häufiger abstimmen, gäbe es die Möglichkeit des elektronischen Wählens. Weitere 22 Prozent gaben zur Antwort, sie würden sich in solch einem Falle wohl eher häufiger beteiligen. Rund 60 Prozent verneinten dies hingegen – die einen bestimmt, die anderen mehr oder weniger bestimmt. Angaben zur Wahlbeteiligung sind wegen der sozialen Erwünschtheit jedoch stets mit Vorsicht zu geniessen, was beispielsweise auch daran zu erkennen ist, dass rund ein Drittel derer, die angab, bestimmt häufiger teilnehmen zu wollen, zu jenen gehört, die – gemäss Selbstdeklaration – ohnehin schon bei *allen* Urnengängen teilnimmt. Der tatsächliche «Partizipationsgewinn» des elektronischen Wählens dürfte deshalb in der Schweiz deutlich geringer ausfallen als die ausgewiesenen 17 Prozent, wie zudem auch schon aus verschiedenen vorgängigen Studien hervorging oder vermutet wurde (Bochsler; Sciarini et al. 2013; Serdült/Trechsel 2006: 15-16). Immerhin aber waren es vor allem die ansonsten untervertretenen jungen Stimmberechtigten, die auf die Frage nach der höheren Beteiligungswahrscheinlichkeit mit «auf jeden Fall Ja» bzw. einem «eher Ja» antworteten.

3 Nachfrage nach Onlinedienstleistungen der Behörden und Erwartungen an das E-Voting

Dienstleistungen der Behörden (in demokratischen Gemeinwesen) richten sich stets auch an den Bedürfnissen der Bürger und Bürgerinnen aus. Wie gross ist nun die generelle Nachfrage nach dem E-Voting in der Bevölkerung und wo besteht eine starke bzw. geringe Nachfrage? TABELLE 2 informiert über die Nachfrage nach drei behördlichen Onlineangeboten, wovon das E-Voting eines ist. Die anderen beiden, in der Umfrage abgefragten Onlineangebote sind die elektronische Steuererklärung und das Bestellen von Personalausweisen über das Internet. Diese beiden zusätzlich abgefragten Onlinedienstleistungen ermöglichen eine bessere Einordnung der E-Voting-Nachfrage. Die Befragten konnten dabei die Notwendigkeit eines Angebots auf einer Skala zwischen 0 (unnötig) und 10 (unbedingt nötig) einstufen, wobei der Wert 5 die Mittekategorie bildete.

TABELLE 2: NACHFRAGE NACH BEHÖRDLICHEN ONLINEANGEBOTEN (MITTELWERT SOWIE ANTEILE «UNBEDINGT NÖTIG» UND «UNNÖTIG»)

ANGEBOTE	N	MITTELWERT	UNBEDINGT NÖTIG	UNNÖTIG
DIE MÖGLICHKEIT, DIE STEUERERKLÄRUNG ONLINE AUSFÜLLEN.	1228	7.7	48	8
DIE MÖGLICHKEIT, ÜBER DAS INTERNET ZU WÄHLEN ODER ABZUSTIMMEN.	1228	6.3	25	13
DIE MÖGLICHKEIT, DEN PERSONALAUSSWEIS ÜBER DAS INTERNET ZU BESTELLEN.	1228	6.4	30	14

Das E-Voting-Angebot erzielt auf dieser zehnstufigen Notwendigkeits-Skala einen Wert von 6.3. Demnach überwiegen gesamthaft gesehen die «positiven» Einstufungen, d.h., solche, in denen das E-Voting eher als nötig denn als unnötig empfunden wird. Ein Viertel der Befragten ist dabei der Meinung, das elektronische Abstimmen sei *unbedingt* nötig (Maximalwert von 10), während dreizehn Prozent es für gänzlich unnötig halten (Minimalwert von 0). Die letztere Gruppe setzt sich dabei vor allem aus Befragten zusammen, die das Internet im Allgemeinen ohnehin nie bzw.

kaum nutzen und zudem politisch desinteressiert sind.⁶ Rund ein Drittel von ihnen kann zudem keinem der drei Onlineangebote eine Notwendigkeit abgewinnen. Diese rund vier Prozent der Bevölkerung widersetzt sich somit nicht dem E-Voting im Speziellen, sondern hält Internetangebote generell für unnötig. Für eine hohe Notwendigkeitszumessung sind multivariat hingegen mehrere Faktoren von Bedeutung. Zum einen das Alter. Je jünger, desto eher wird das E-Voting als nötig empfunden. Dies mag durchaus als Vorbote einer dereinst stärker eingestuftem Notwendigkeit betrachtet werden: Denn in mittelbarer Zukunft werden diejenigen Generationen, die E-Voting schon heute als nötig empfinden, die dominierende Mehrheit ausmachen. Mit anderen Worten: Die Nachfrage nach E-Voting dürfte in Zukunft steigen.

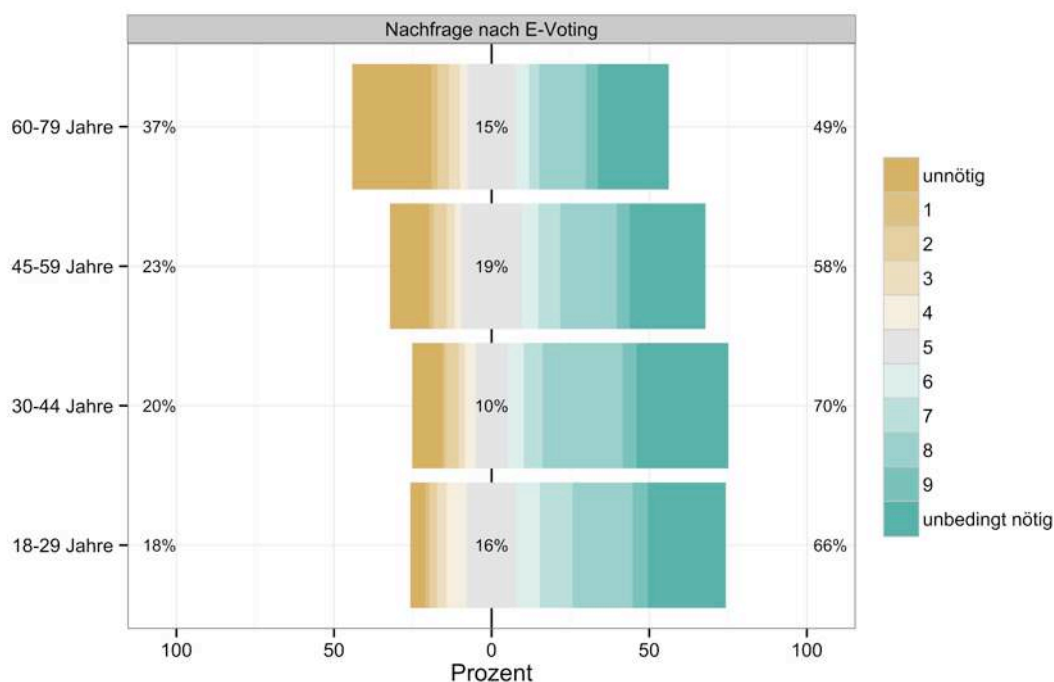


ABBILDUNG 1: NACHFRAGE NACH ELEKTRONISCHEM STIMMKANAL IN DEN VERSCHIEDENEN ALTERSKLASSEN

Sodann spielt auch die Regionszugehörigkeit eine gewisse Rolle: In der französischsprachigen Westschweiz wird das E-Voting-Angebot als signifikant wünschenswerter eingestuft als im Tessin. Dort betrug der Anteil derer, die das E-Voting als völlig unnötig hielten, 24 Prozent, während derselbe Anteil in der Romandie bloss die Hälfte davon betrug. Daneben sind es - wenig überraschend - das Vertrauen in das Internet und die Internetnutzung, welche die Nachfrage nach E-Voting-Angeboten nähren.

⁶ Unter denjenigen, die das Internet nie nutzen, beträgt der Anteil derer, die das E-Voting für unnötig erachten, 46 Prozent. Im Vergleich dazu waren nur sieben Prozent derer, die das Internet täglich nutzen, der gleichen Ansicht.

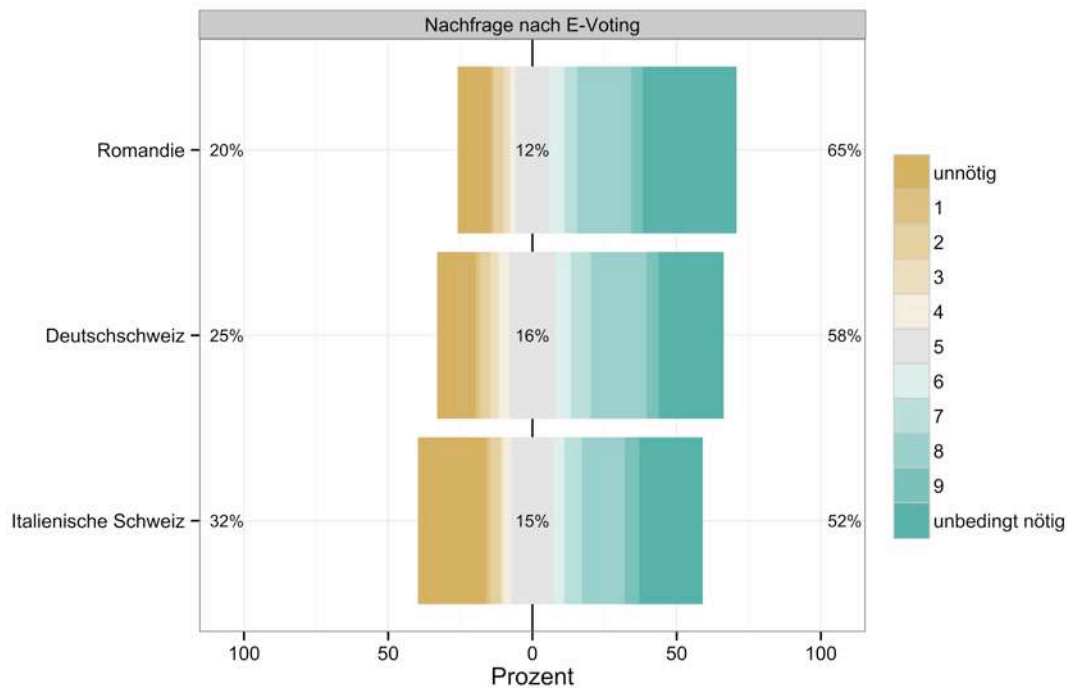


ABBILDUNG 2: NACHFRAGE NACH ELEKTRONISCHEM STIMMKANAL IN DEN DREI SPRACHREGIONEN

Indes, vergleicht man die Werte der drei abgefragten Onlinedienstleistungen der Behörden miteinander, so zeigt sich, dass die Notwendigkeit des E-Votings von allen drei Angeboten am geringsten eingestuft wird. Die Möglichkeit, Personalausweise über das Internet bestellen zu können, erzielte leicht höhere Wert als das E-Voting, während die elektronische Steuererklärung erheblich höhere Nachfragewerte zugewiesen erhielt. Dabei ist natürlich stets im Auge zu behalten, dass die drei Internetangebote auch ein unterschiedlich hohes Nutzendifferential zum entsprechenden Offlineangebot aufweisen: Die elektronische Steuererklärung bringt im Vergleich zur papierernen Steuererklärung mehr Vorteile und Bequemlichkeiten (automatische Kopie der Steuererklärung des Vorjahres, automatisches Summieren der Eingaben, etc.) als das E-Voting gegenüber der Briefwahl. Insofern darf die höhere Nachfrage der elektronischen Steuererklärung nicht verwundern, zumal letztere in mehr Kantonen angeboten wird als das elektronische Wählen.

3.1 Motive und Haltungen zum E-Voting

Die Stimmabgabe bei Wahlen und Abstimmungen erfolgte einst ausschliesslich im Wahllokal. Zwischen 1978 und 2005 wurde sodann die Briefwahl für jedermann in den Schweizer Kantonen schrittweise eingeführt. Register- und Umfragedaten zeigen, dass mittlerweile zwischen 80 und 90 Prozent der Stimmberechtigten brieflich wählen.⁷ Die Briefwahl hat sich demnach fest etabliert, doch dies war nicht immer so. Auch der postalischen Stimmabgabe schlug zu Beginn ein gewisses Misstrauen entgegen und in der Tat änderte sie alsbald die Verhaltensweise, den Meinungsbildungsprozess, die Beteiligungshöhe (Luechinger et al. 2007, siehe aber auch: Funk 2005), aber auch die Strategien und Prozesse von Kampagnenleitern (siehe hierzu: Bernhard 2012) und Behörden. Die elektronische Stimmabgabe steht heute an jener Stelle, an welcher die briefliche Stimmabgabe vor rund 40 Jahren stand. Es stellen sich wenig überraschend auch die

⁷ Als Beispiel diene etwa die Stimmstatistik der Stadt Zürich zu den eidgenössischen Wahlen 2015: https://www.stadt-zuerich.ch/prd/de/index/statistik/publikationen-angebote/publikationen/webartikel/2015-10-27_Eidgenoessische-Wahlen-2015_Wahlbeteiligung-in-der-Stadt-Zuerich.html.

gleichen bzw. ähnlichen Fragen wie damals: Was hält die Bevölkerung von E-Voting und welche Erwartungen knüpfen sie an die elektronische Stimmabgabe?

3.1.1 Vor- und Nachteile des E-Votings aus der Sicht der Stimmberechtigten

Zunächst wurden die Befragten gebeten, spontan Nachteile bzw. Vorteile des E-Votings anzugeben. Am häufigsten wurde darauf hingewiesen, dass das E-Voting bequem sei, von zu Hause aus erledigt werden könne und eine flexible Stimmabgabe ermögliche (von überall aus, wo man Internet habe bzw. wann immer man wolle). Insgesamt nannte etwa mehr als die Hälfte der Befragten (55% der Befragten) einen Bequemlichkeitsvorteil. Vor allem die jüngsten Stimmberechtigten (18-19-Jährige) nannten diesen Grund überdurchschnittlich oft. Die zeitliche Flexibilität im Speziellen wurde vornehmlich von Befragten aus höheren Bildungsstufen genannt.

TABELLE 3: VORTEILE DES E-VOTINGS

MERKMAL	N	IN % DER ANTWORTEN	IN % DER BEFRAGTEN
BEQUEM/ PRAKTISCH			
ALLGEMEIN ZU BEQUEM/PRAKTISCH	96	6	8
VON ZU HAUSE MACHBAR	328	19	27
ZEITLICHE FLEXIBILITÄT (WANN IMMER MAN WILL)	138	8	11
GEOGRAPHISCHE FLEXIBILITÄT (VON ÜBERALL AUS)	44	3	4
ANDERES ZU BEQUEM/PRAKTISCH	63	4	5
TOTAL BEQUEM/PRAKTISCH	669	37	55
VEREINFACHUNG DER STIMMABGABE			
ALLGEMEIN	91	6	7
SCHNELLER/EINFACHER	242	14	20
ERMÖGLICHT ALLEN DIE STIMMABGABE	24	1	2
TOTAL VEREINFACHUNG STIMMABGABE	357	20	29
AUSWIRKUNGEN AUF BETEILIGUNG UND ENTSCHEIDQUALITÄT			
ALLGEMEIN (Z.B. MEHR BETEILIGUNG)	216	13	18
JÜNGERE BETEILIGEN SICH MEHR	97	6	8
TOTAL BETEILIGUNG UND QUALITÄT	313	19	26
EFFIZIENZ			
ÖKONOMISCHER/SPART GELD	32	2	3
SPART PAPIER	103	6	8
TOTAL EFFIZIENZ	135	8	11
VEREINFACHUNG FÜR BEHÖRDEN			
VERSCHIEDENES (SCHNELLERE AUSZÄHLUNG, ETC.)	35	2	3
«ZEITGEIST» (HEUTE IST ALLES INTERNET, O.Ä.)	17	1	1
ANDERES	30	2	2
KEIN VORTEIL	82	5	7
WEISS NICHT/K.A./NACHTEIL GENANNT	61	4	5
TOTAL	1669	100	139

Viele (29%) sehen im E-Voting auch eine Vereinfachung der materiellen Stimmabgabe, entweder weil es den Prozess der Stimmabgabe vereinfache oder weniger Zeit in Anspruch nehme.

Rund ein Viertel (26%) glaubt zudem, dass E-Voting entweder die Beteiligung erhöhen würde oder die Entscheidungsqualität verbessern würde. Immerhin acht Prozent aller Befragten waren zudem zuversichtlich, dass mit diesem Instrument mehr junge WählerInnen gewonnen werden können. Dieser Vorteil wurde von allen Altersklassen genannt, demnach nicht vorwiegend von Jungen.

Eine Minderheit sah auch Vorteile für die Behörden: Das Stimmenaushalten werde vereinfacht, die Resultate können schneller kommuniziert werden (wovon natürlich auch die Stimmenden profitieren) oder – dies wurde häufiger genannt – der Staat (und damit auch der Steuerzahler) spare Geld. Besonders beliebt war die Antwort (8%), es werde Papier gespart. Immerhin sieben Prozent gaben an, es gäbe keine Vorteile.

Insgesamt zeigen sich nur geringfügige Unterschiede zwischen den Merkmalsgruppen. Sprachregionale Unterschiede gab es beispielsweise kaum. Nicht einmal die Haltung zur Einführung des E-Votings farbte sich auf die Nennung der Vorteile ab.

Nach den Nachteilen gefragt, antwortete eine erhebliche Zahl (40%) der Befragten mit dem Verweis auf Manipulationsrisiken und Sicherheitsbedenken. Jeder Fünfte befürchtet offenbar, dass Betrugs- und Fälschungsversuche beim E-Voting möglich seien. Weitere 14 Prozent meinen, Hacking sei eine Gefahr für das E-Voting und weitere fünf Prozent fragen sich, wie denn sichergestellt werden könne, dass tatsächlich die richtige Person abgestimmt oder gewählt hätte. Sicherheitsbedenken sind demnach relativ weit verbreitet in der Bevölkerung. Sie sind zudem auch unter denen verbreitet, die der Einführung des E-Votings generell zustimmen.

Zudem wurde vergleichsweise oft (14%) angeführt, dass E-Voting den persönlichen Austausch zwischen Bürgern beeinträchtige. Dieser Nachteil wurde im Übrigen vornehmlich von SVP- und CVP-Sympathisanten und Befragten aus ländlichen Regionen genannt.⁸ Dabei ist wohl weniger gemeint, dass die konkrete elektronische Stimmabgabe selbst diesen vorgängigen Meinungsaustausch verunmögliche, sondern vielmehr Teil eines «digitalen» Phänomens sei, wonach sich Individuen, deren Lebensmittelpunkt das Internet ist, nicht mehr persönlich austauschen, sondern nur noch virtuell bzw. gar nicht mehr austauschen. Dies sei, so befürchten diese Befragten wahrscheinlich, der Qualität des Entscheidungsprozesses abträglich. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang auch, dass dieses Argument von den «Digital Natives» weitaus seltener genannt wurde als etwa von solchen, die das Internet kaum oder gar nie nutzen. Aufschlussreich sind diese Nennungen zudem, weil die Qualität der Meinungsbildung im Zusammenhang mit dem E-Voting selten einmal zur Debatte steht. Aber eine ernst zu nehmende Zahl von Stimmberechtigten macht sich just dazu Sorgen.

Gewarnt wurde weiter vor der Komplexität des E-Votings, die manche Merkmalsgruppen möglicherweise überfordern könnte. Vor allem ältere Stimmberechtigte wurden genannt (7%). Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang, wer sich Sorgen um die Computer- und Internetkenntnisse der älteren Stimmberechtigten macht: Nicht etwa die älteren Stimmberechtigten selbst, sondern vornehmlich jüngere, teils gar die jüngsten Stimmberechtigten.

⁸ Als Vergleich: Befragte aus ländlichen Regionen gaben dieses Argument zu 17% an, während Befragte aus Kernstädten es nur zu rund 4 Prozent angaben.

Es wurde noch eine Vielzahl weiterer Nachteile genannt. Beispielsweise technische Schwierigkeiten, die – ohne dass Manipulationsabsichten dahinter stünden – auftreten könnten (Stromausfall, nicht beabsichtigte Übertragungsfehler, etc.). Fünf Prozent hegen ein generelles Misstrauen und nannten keine spezifischen Nachteile, während weitere fünf Prozent explizit die Gefahr nannten, dass von aussen (Staat, ausländische Geheimdienste, etc.) in die elektronische Urne eingesehen werden könne.

Zuletzt konnte rund ein Viertel (24%) der Befragten keinen Nachteil spontan nennen. Einige unter ihnen betonten dies explizit, weshalb davon ausgegangen werden muss, dass sie auch *nur* Vorteile sehen. Anderen fiel *vorderhand* nichts ein, was aber nicht heissen muss, dass sie deswegen auch vorbehaltlos hinter dem E-Voting stehen.

TABELLE 4: NACHTEILE DES E-VOTINGS (IN %, GEWICHTET)

MERKMAL	N	IN % DER ANTWORTEN	IN % DER BEFRAGTEN
TECHNISCHE PROBLEME			
VERSCHIEDENES (BLACKOUT, FALSCHER ÜBERTRAGUNG, ETC.)	76	6	6
MISSTRAUEN			
VERSCHIEDENES (GENERELL WENIGER VERTRAUENSWÜRDIG)	62	5	5
MANIPULATION/SICHERHEITSBEDENKEN			
MANIPULATION/FÄLSCHUNG/BETRUG	249	18	20
NICHT SICHERSTELLEN, DASS RICHTIGE PERSON GEWÄHLT HAT	64	5	5
SICHERHEITSBEDENKEN/HACKING	170	12	14
ANDERES	17	1	1
TOTAL MANIPULATION/ SICHERHEITSBEDENKEN	500	26	40
MEINUNGSBILDUNGSPROZESS			
MAN TAUSCHT SICH NICHT MEHR AUS	87	6	7
ENTSCHEIDQUALITÄT (MAN ENTSCHEIDET VORSCHNELL)	73	5	6
ANDERES	7	1	1
TOTAL MEINUNGSBILDUNGSPROZESS	167	12	14
KOMPLEXITÄT			
(ÄLTERE) PERSONEN WISSEN NICHT, WIE NUTZEN	82	6	7
BEDARF EINES COMPUTERS/ INTERNET	57	4	5
ANDERES	14	1	1
TOTAL KOMPLEXITÄT	153	11	13
KONTROLLE VON AUSSEN/DATENSCHUTZ			
ANDERE KÖNNEN STIMMEN EINSEHEN	63	5	5
ANDERES ZU KONTROLLE VON AUSSEN	3	0	0
TOTAL DATENSCHUTZ	66	5	5
ANDERES	40	3	3
KEIN NACHTEIL	175	13	14
WEISS NICHT/K.A./VORTEIL GENANNT	122	9	10
TOTAL	1362	100	111

3.1.2 Argumente

Anschliessend wurden die Haltungen zu häufig vorgebrachten Argumenten gegen bzw. zugunsten des E-Votings abgefragt. TABELLE 5 enthält die entsprechenden Akzeptanzwerte von je drei Pro- und Kontra-Argumenten. Dasjenige Argument, welches gesamthaft die höchste Zustimmung erhielt, war das «Bequemlichkeitsargument». 82 Prozent der Befragten zeigten sich damit einverstanden, dass das elektronische Abstimmen von zu Hause aus und per Mausclick bequemer sei als brieflich abzustimmen. Darüber besteht im Prinzip fast schon ein Konsens. Allerdings ist rund ein Drittel (36%) der Zustimmenden *gleichzeitig* der Ansicht, dass es *nicht zwingend* eine elektronische Stimmabgabe brauche, weil die Briefwahl schon *einfach genug* sei. Mit anderen Worten: Die wenigsten bestreiten den Bequemlichkeitsvorteil des E-Votings gegenüber anderen Stimmkanälen, aber für eine erhebliche Zahl ist dieser Vorteil offenbar derart gering, dass er kaum ins Gewicht fällt. Eine alternative Erklärung ist diejenige, dass sich eine erhebliche Zahl der Befragten aus traditionalistischen Gründen gegen das E-Voting sperrt. Zwar bezog sich das obige Kontra-Argument auf den *zusätzlichen* Nutzen bzw. den Bequemlichkeitsvorteil des E-Votings gegenüber der *Briefwahl im Speziellen*. Aber es muss davon ausgegangen werden, dass diesem Argument auch diejenigen zustimmten, welche der Ansicht sind, es brauche nichts Neues, weil es auch in der Vergangenheit ohne E-Voting funktioniert habe. Diese Gruppe wird hier als «Traditionalisten» bezeichnet, da sich ihr Widerstand gegen das E-Voting nicht aus einer spezifischen, E-Voting-bezogenen Kritik speist, sondern im Wesentlichen in der Motivation gründet, das bisher Dagewesene zu bewahren. Ein Indiz dafür, dass diese Interpretation zutrifft, ist der Umstand, dass das Kontra-Argument, wonach E-Voting letztlich nicht nötig sei, am stärksten von SVP-AnhängerInnen⁹ befürwortet wird.

Das Argument mit der zweitstärksten Unterstützung war dasjenige des «Zeitgeists»: Rund zwei Drittel (68%) der Befragten zeigten sich damit einverstanden, dass heute so gut wie alles über das Internet gemacht werden könne, weshalb es an der Zeit sei, auch die elektronische Stimmabgabe einzuführen. Naturgemäss sind vornehmlich die Jungen Träger dieses Zeitgeist-Arguments. 82 Prozent der unter 20-Jährigen überzeugte das Argument, während es bei den über 60-Jährigen noch 54 Prozent sind.

Das dritte in dieser Umfrage getestete Pro-Argument stiess hingegen auf deutlich mehr Widerspruch. Fast jeder zweite Umfrageteilnehmer (47%) *widersprach* dem Argument, wonach fehlerhafte oder ungültige Stimmgaben beim E-Voting nicht möglich seien. Dabei ist allerdings nicht klar, was die einzelnen Befragten darunter verstanden. Der eine oder andere wird möglicherweise an die *Übertragung* oder allenfalls an die *Registrierung bzw. Zählung* der Stimme gedacht haben, als er seine Zweifel am vorgebrachten Argument äusserte. Beim letzteren sind Fehler (theoretisch) möglich. Ersteres hingegen - also beispielsweise das Aufführen von sechs Regierungsratskandidaten, wenn bloss fünf Sitze zu vergeben sind (ungültige Stimmabgabe) - wird beim E-Voting durch interne Kontrollmechanismen verunmöglicht. Der hohe Anteil von Weiss nicht-Antworten (17%) deutet im Übrigen ebenfalls darauf hin, dass eine beträchtliche Zahl von Befragten Mühe bekundete, sich dieser Unterscheidung bewusst zu werden bzw. dazu eine Meinung zu äussern.

⁹ Im Schnitt stimmen rund 44 Prozent der Stimmberechtigten diesem Argument zu. Bei der SVP sind es 52 Prozent.

TABELLE 5: AKZEPTANZ VON ARGUMENTEN

ARGUMENT	N	EIN- VERSTANDEN	NICHT EIN- VERSTANDEN	WEISS NICHT/K.A.
«BEIM ELEKTRONISCHEN ABSTIMMEN SIND FEHLERHAFTE ODER UNGÜLTIGE STIMMABGABEN NICHT MÖGLICH.»	1228	36	47	17
«MIT DEM ELEKTRONISCHEN ABSTIMMEN KANN MAN VON DAHEIM AUS UND PER MAUSKlick DIE EIGENE STIMME ABGEBEN. DAS IST BEQUEMER ALS BRIEFLICH ABZUSTIMMEN.»	1228	82	17	1
«MITTLERWEILE KANN MAN FAST ALLES ÜBER DAS INTERNET MACHEN. DESWEGEN IST ES AN DER ZEIT, DAS ELEKTRONISCHE ABSTIMMEN FLÄCHENDECKEND EINZUFÜHREN.»	1228	68	31	1
«DIE STIMMABGABE ÜBER DAS INTERNET KANN EINFACHER MANIPULIERT WERDEN ALS DIE BRIEFLICHE STIMMABGABE.»	1228	61	33	6
«BRIEFLICHES STIMMEN IST SCHON SO EINFACH, DASS ES DAS ABSTIMMEN ÜBER DAS INTERNET GAR NICHT BRAUCHT.»	1228	44	54	2
«BEIM E-VOTING IST DIE GEFAHR GROSS, DASS AUSLÄNDISCHE GEHEIMDIENSTE MITLESEN.»	1228	57	37	6

¹Die Kategorien «sehr einverstanden» und «eher einverstanden» bzw. «eher nicht einverstanden» und «überhaupt nicht einverstanden» wurden jeweils zusammengelegt.

Das am weitesten verbreitete Kontra-Argument war das Manipulations-Argument: 61 Prozent der Befragten glauben, dass die Stimmabgabe über das Internet einfacher manipuliert werden könne als die Briefwahl. Verblüffend ist hier der Umstand, dass die Angst vor Manipulationen nicht sonderlich stark mit dem Vertrauen in elektronische Transaktionen über das Internet korreliert und ebenso wenig mit der Nutzungshäufigkeit des Internets. Zwar ist bei den Internet-Misstrauenden auch die Befürchtung vor Manipulationen beim E-Voting am stärksten verbreitet (65%). Aber selbst diejenigen, die dem Internet generell grosses Vertrauen schenken, zweifeln mehrheitlich (54%) daran, dass das E-Voting vor Manipulationen gefeit sei. Die Manipulationsangst ist ausserdem bei der Grünen-Wählerschaft besonders stark ausgeprägt (70% Zustimmung), während sie etwa bei der SP-Anhängerschaft, die sich politisch nur geringfügig von der GPS-Wählerschaft unterscheidet (Bochsler und Sciarini 2010), geringer ist (59%).¹⁰

Damit verwandt ist ein weiteres Argument, das eine beinahe gleich hohe Zustimmung erfuhr: 57 Prozent fürchten, dass beim E-Voting ausländische Geheimdienste mitlesen könnten, womit unter anderem auch die Anonymität der Stimmabgabe nicht gewährt wäre. Diese Befürchtung ist unter den Internet-Misstrauenden erheblich stärker verbreitet (76%) als unter denen, die das Internet im Allgemeinen als sicher betrachten (43%). Wiederum sind es die AnhängerInnen der Grünen, welche die grössten Zweifel (66%) an der internen Sicherheit des E-Votings haben. Erheblich geringer sind diese Zweifel unter der SP-Anhängerschaft (45%), die sich, wie gesagt, hinsichtlich anderer politischer Überzeugungen geringfügig von der GPS-Wählerschaft unterscheidet.

¹⁰ Dabei sei jedoch auch darauf hingewiesen, dass der Stichprobenfehler für die GPS-Anhängerschaft rund 14 Prozentpunkte beträgt, während er bei der SP rund sieben Prozentpunkte beträgt. Die Differenz ist demnach statistisch nicht signifikant – in erster Linie wegen der geringen Fallzahl der GPS-Anhänger. Weil sich die Differenzen hinsichtlich GPS und SP jedoch systematisch über alle Internet-bezogenen Fragen zeigten, wurden die Resultate gleichwohl ausgewiesen.

4 Das Vertrauen in die elektronische Stimmabgabe

4.1 Das Vertrauen in E-Voting im Vergleich zu anderen Stimmkanälen

Das Vertrauen in die verschiedenen Stimmkanäle ist unterschiedlich stark ausgeprägt. Grösstes Vertrauen haben die Stimmberechtigten in die persönliche Stimmabgabe im Wahllokal (Mittelwert=8.5). Diese Form der Stimmabgabe zeichnet sich zum einen dadurch aus, dass die Entgegennahme des Stimmzettels unmittelbar vor Augen des Stimmenden erfolgt (und in diesem Sinne auch persönlich «erfahrbar» ist), was das Vertrauen darauf, dass die Stimme registriert und gezählt wird, gewiss erhöht. Zum anderen handelt es sich dabei auch um die älteste, «klassische» Form der Stimmabgabe. Auch deshalb besitzen vor allem *ältere Stimmberechtigte* ein grosses Vertrauen in diesen Stimmkanal¹¹, denn sie haben unter Umständen noch diejenigen Zeiten erlebt, in welchen diese Form der Stimmabgabe die einzig mögliche war.

TABELLE 6: VERTRAUEN IN VERSCHIEDENE STIMMKANÄLE

FORM DER STIMMABGABE	N	MITTELWERT	GRÖSSTES VERTRAUEN	WEISS NICHT/K.A.
STIMMABGABE IM WAHLLOKAL	1228	8.5	40	1
BRIEFLICHE STIMMABGABE	1228	8.2	28	.5
STIMMABGABE ÜBER DAS INTERNET	1228	6.6	12	2

Der genaue Wortlaut der Frage lautete: «Beim Stimmen ist es ja wichtig, dass man darauf vertrauen kann, dass die eigene Stimme richtig registriert und gezählt wird. Wie gross ist diesbezüglich Ihr Vertrauen bei den folgenden drei Möglichkeiten der Stimmabgabe? Sagen Sie mir das bitte auf einer Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet, dass Sie überhaupt kein Vertrauen haben, 10 bedeutet, dass Sie grösstes Vertrauen haben. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.»

Das Vertrauen in die inzwischen flächendeckend eingeführte briefliche Stimmabgabe ist beinahe gleich gross (8.2). Bemerkenswert ist zudem, dass dieses Vertrauen im Kanton Tessin, der die briefliche Stimmabgabe bei Wahlen erst kürzlich generell einführt (Wahl vom 19. April 2015)¹², nicht signifikant geringer ist als in den anderen Sprachregionen.

Signifikant geringer ist hingegen das Vertrauen in die elektronische Stimmabgabe (6.6). Zwar sei darauf hingewiesen, dass rund 70 Prozent der Stimmberechtigten einen Vertrauenswert angaben, der über dem Skalenmittelwert (5) lag. Von offenem *Misstrauen* kann demnach nicht die Rede sein. Indes, man traut den beiden anderen Stimmkanälen viel eher als der elektronischen Stimmabgabe. Dabei darf jedoch nicht ausser Acht gelassen werden, dass für die allermeisten Befragten diese Form der Stimmabgabe eine *terra incognita* ist. Mit anderen Worten: Sie haben diese Form der Stimmabgabe selbst noch nie anwenden können, womit ihnen auch die entsprechenden Erfahrungswerte fehlen, welche das Vertrauen in diesen Stimmkanal festigen könnten. Ein Beleg dafür, dass mit der Nutzung dieses Instruments auch das Vertrauen steigt, sind diejenigen Befragten, die angaben, schon mal elektronisch abgestimmt zu haben. Ihre Zahl ist zwar gering (n=30), aber sie weisen dem E-Voting einen gleich hohen

¹¹ 45 Prozent der ältesten Altersgruppe besitzen grösstes Vertrauen, während es bei der jüngsten Gruppe 35 Prozent sind.

¹² Aufschlussreich sind auch die Einwände, die im Tessin bis zuletzt gegen die Briefwahl vorgebracht wurden. Man befürchtete insbesondere, dass «Galoppini» «unterschiedene leere Wahlzettel von Desinteressierten aufkauften oder Unentschlossene zu Hause beim Ausfüllen «unterstützten» (<http://www.nzz.ch/schweiz/wahlzettel-zu-verkaufen-1.18523249>)

durchschnittlichen Vertrauenswert (8.0) zu wie der brieflichen Stimmabgabe (8.0). Wer hingegen noch nie die Gelegenheit hatte, elektronisch zu stimmen (und sie auch nutzte), steht dieser Form der Stimmabgabe deutlich skeptischer gegenüber (6.6).

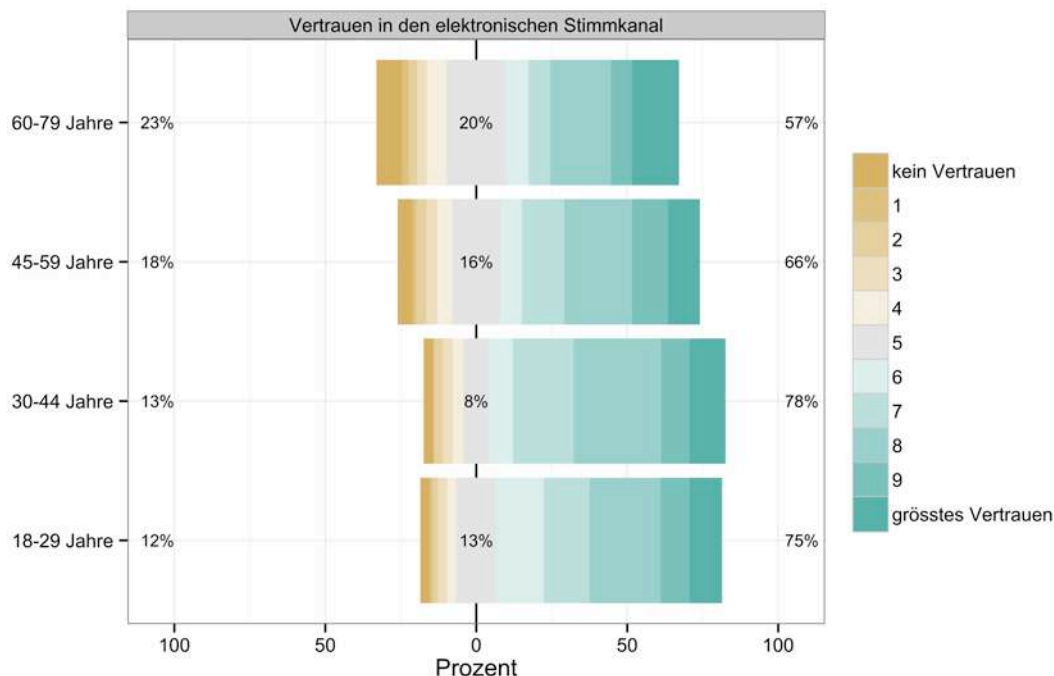


ABBILDUNG 3: VERTRAUEN IN DEN ELEKTRONISCHEN STIMMKANAL NACH ALTERSKLASSEN

Dabei sind verschiedene Faktoren für das Vertrauen in die elektronische Stimmabgabe entscheidend. Zuerst sei das Alter genannt. Junge Stimmberechtigte (unter 20 Jahre) besitzen ein grösseres Vertrauen in das E-Voting (6.9) als beispielsweise die über 60-Jährigen (6.2) und dies unabhängig von ihrem Vertrauen in das Internet im Allgemeinen. Daneben spielt auch die Bildung eine wesentliche Rolle: Je höher die Bildung, desto grösser auch das Vertrauen. Bei den Universitäts- und ETH-AbgängerInnen beträgt das Vertrauen im Schnitt 7.3, während er bei der tiefsten Bildungsklasse 5.8 beträgt. Die «üblichen Verdächtigen» - Internetnutzung und generelles Vertrauen ins Internet - wirken sich wenig überraschend ebenfalls stark auf das Vertrauen in das E-Voting aus (vgl. *ABBILDUNG 4*). Zuletzt hat auch die Sprachzugehörigkeit einen Einfluss: Die TessinerInnen stehen dem E-Voting von allen drei Sprachregionen am skeptischsten gegenüber (6.0), während die Romand(e)s das grösste Vertrauen aufweisen (7.0).

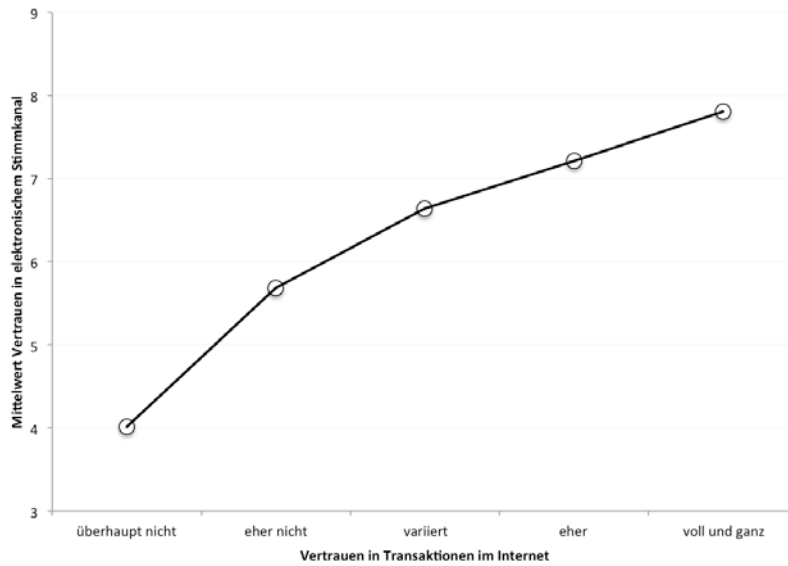


ABBILDUNG 4: VERTRAUEN IN DEN ELEKTRONISCHEN STIMMKANAL UND GENERELLES VERTRAUEN IN DAS INTERNET

Vergleichsweise geringes Vertrauen in den elektronischen Stimmkanal setzen vor allem zwei Parteianhängerschaften: SVP und Grünen-Wählerschaft. SP- und glp-SympathisantInnen hingegen haben ein vergleichsweise grosses Vertrauen in das E-Voting. Diese Unterschiede dürfen aufgrund der Fallzahlen und dem damit verbundenen Unschärfebereich nicht überinterpretiert werden. Wie sich im weiteren Verlauf der Analyse zeigen soll, sind es aber stets diese vier Parteianhängerschaften, die bei allen Fragen die jeweiligen Pole bilden. Weiter beurteilen auch die CVP-SympathisantInnen den elektronischen Stimmkanal vergleichsweise skeptisch. Es sei jedoch nochmals darauf hingewiesen, dass selbst unter denjenigen Parteianhängerschaften, die hier als «vergleichsweise skeptisch» bezeichnet werden, eine Mehrheit überdurchschnittliche Vertrauenswerte angab.

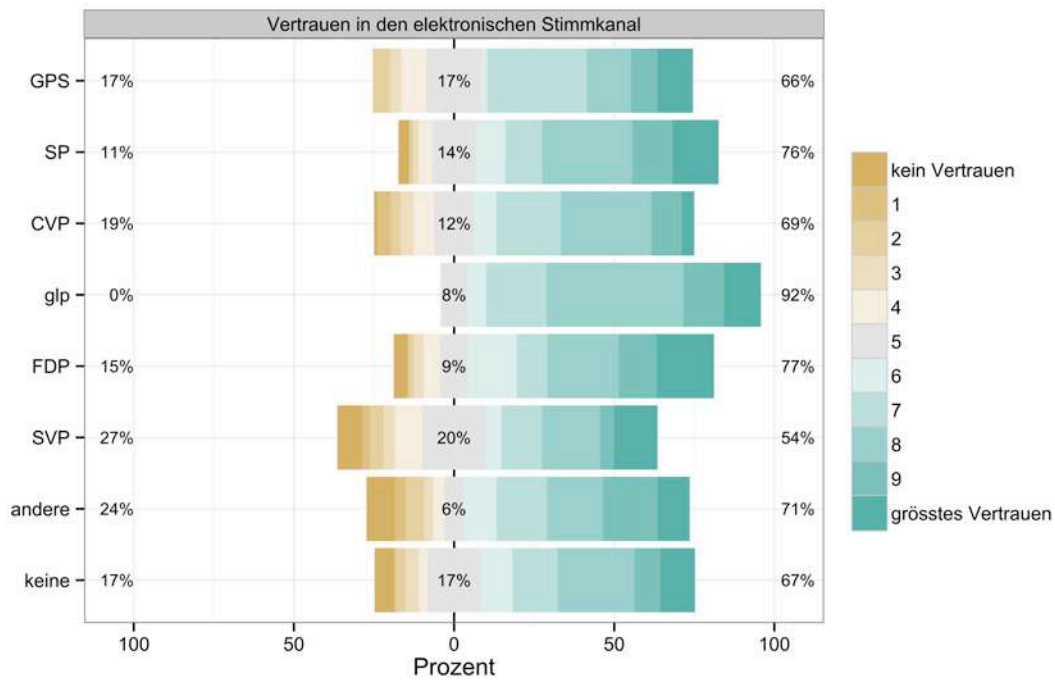


ABBILDUNG 5: VERTRAUEN IN DEN ELEKTRONISCHEN STIMMKANAL NACH PARTEISYMPATHIE

4.2 Vertrauensbildende Massnahmen

Welche Massnahmen würden das Vertrauen ins E-Voting am ehesten erhöhen und bei welchen Merkmalsgruppen? Dazu wurden insgesamt sieben Massnahmen vorgelegt, zu denen sich die Befragten äussern konnten. Den grössten Anklang fand dabei das Aufdrucken eines persönlichen Codes auf dem Stimmzettel, damit die Stimmabgabe überprüft werden kann. 68 Prozent meinten, dass diese Massnahme ihr Vertrauen in das E-Voting stärken würde. 63 Prozent fänden es weiter gut, wenn man die elektronische Stimmabgabe auf einer Testseite ausprobieren könnte. Eine Mehrheit (55%) erachtet zudem die Sicherheitsinspektion durch Experten für vertrauensfördernd. Hingegen ist nur eine Minderheit (43%) der Ansicht, der Erhalt einer Papierquittung nach der Stimmabgabe würde ihr Vertrauen stärken. Das Papier als «klassisches» Stimmmaterial ist dabei vor allem bei älteren Stimmberechtigten vertrauensfördernd, weniger jedoch bei den jüngeren Stimmberechtigten.¹³ Verblüffend ist auch, dass die Inspektion von Experten mehrheitlich als vertrauensfördernd eingestuft wird, nicht aber die «basisdemokratische» Überprüfung durch die Bürger. Lediglich 38 Prozent erachten dies als vertrauenserhöhende Massnahme.

TABELLE 7: UNTERSTÜTZUNG FÜR VERTRAUENSBLDENE MASSNAHMEN

ARGUMENT	N	STÄRKT VERTRAUEN	STÄRKT VERTRAUEN NICHT	WEISS NICHT/K.A.
DIE MÖGLICHKEIT, DAS E-VOTING AUF EINER TESTSEITE ZUERST EINMAL AUSPROBIEREN ZU KÖNNEN.	1228	63	28	9
DIE OFFENLEGUNG VOM SOGENANTEN QUELLCODE.	1228	22	21	57
DASS MAN PER BRIEFPOST EINE PAPIERQUITTUNG ERHÄLT, NACHDEM MAN ÜBER DAS INTERNET DEFINITIV ABGESTIMMT HAT.	1228	43	47	9
DIE MÖGLICHKEIT, DEN ELEKTRONISCHEN STIMMENTSCHIED BIS ZUM ABSTIMMUNGSSONNTAG ZU ÜBERSCHREIBEN SO OFT MAN WILL.	1228	22	68	10
DASS JEDE EINZELNE STIMMABGABE ZUSÄTZLICH MIT EINEM PERSÖNLICHEN, AUF DEM STIMMZETTEL AUFGEDRUCKTEN CODE ÜBERPRÜFT WERDEN KANN.	1228	68	22	11
EINE SICHERHEITSINSPEKTION DURCH EXTERNE EXPERTEN.	1228	55	33	12
DAS ÖFFNEN DER ELEKTRONISCHEN URNE UNTER BETEILIGUNG VON BÜRGERN.	1228	38	38	24

Mit der Massnahme der Offenlegung des Quellcodes kann eine Mehrheit der Befragten (57%) hingegen wenig anfangen. Sie enthielten sich einer substanziellen Antwort, weil sie mit grösster Wahrscheinlichkeit nicht wussten, worum es sich bei einem Quellcode handelt und welche Überprüfungsfunktion dieser Code hat. Wie gering verbreitet dieser Begriff ist, zeigt zudem die Auswertung nach Bildungsgrad: Es gibt hinsichtlich Zustimmungswerten kaum Unterschiede zwischen den einzelnen Bildungsstufen. Selbst hoch Gebildete bekundeten Mühe, hier eine substanzielle Meinung zu äussern.

Die Möglichkeit, den elektronischen Stimmentscheid bis zum Abstimmungssonntag so oft zu überschreiben wie man will, wird schliesslich von einer klaren Mehrheit (68%) abgelehnt. Es ist aufgrund dieser Werte gar zu vermuten, dass diese Möglichkeit das Vertrauen *eher verringert*,

¹³ Bei den über 60-Jährigen bejahen 52 Prozent die Massnahme als vertrauensfördernd, während es bei den unter 20-Jährigen noch 29 Prozent sind.

möglicherweise weil man dadurch von aussen vorgenommene, *nachträgliche* Modifikationen der Stimmabgabe befürchtet, über die der Stimmende keine Kontrolle hat.

Diejenigen, die bereits grosses Vertrauen in den elektronischen Stimmkanal haben, müssen indes vom E-Voting kaum überzeugt werden. Es gilt vor allem, das Vertrauen der Misstrauenden zu gewinnen. Zu diesem Zweck wurden die dem E-Voting misstrauenden Befragten (solche, die Vertrauenswerte von unter 5 angaben), gesondert betrachtet (siehe *ABBILDUNG 6*).

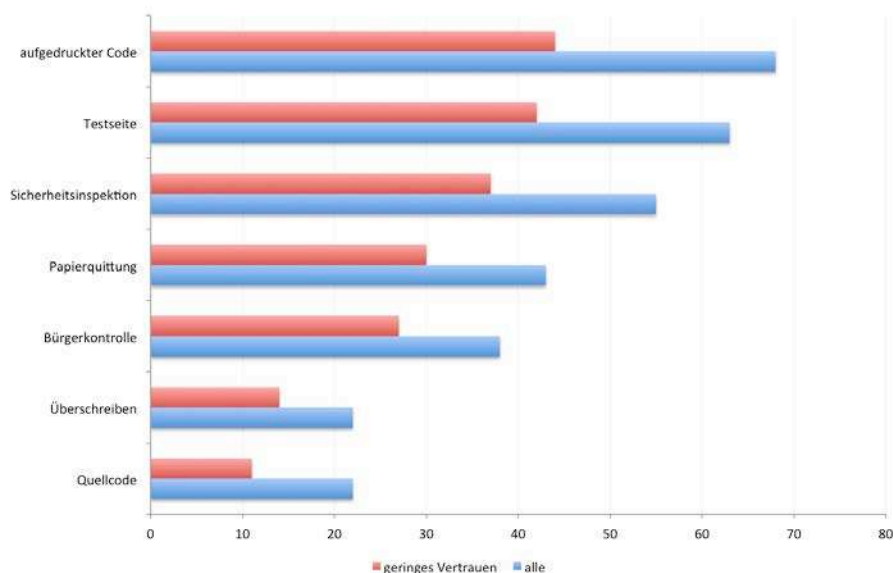


ABBILDUNG 6: MASSNAHMEN UND VERTRAUEN IN E-VOTING: ALLE BEFRAGTEN SOWIE DEM E-VOTING-KANAL MISSTRAUENDE

Dabei zeigt sich, dass sich diese Gruppe im Wesentlichen darin vom Rest unterscheidet, dass sie über *alle* vorgeschlagenen Massnahmen hinweg deutlich schwieriger für das E-Voting zu begeistern ist. Die Rangfolge der Attraktivität der einzelnen Massnahmen ist jedoch dieselbe wie beim Rest der Befragten: Der aufgedruckte Code auf dem Stimmzettel und eine Testseite, um das E-Voting zu erproben, führen auch bei den Misstrauenden die Rangliste an.

4.3 Die Haltung zur flächendeckenden Einführung des E-Votings

Der letzte Teil der vorliegenden Untersuchung ist der Frage gewidmet, wie die Bevölkerung über die flächendeckende Einführung von E-Voting denkt und welches die Treiber bzw. Bremskräfte sind. Zunächst ist festzuhalten, dass mehr als zwei Drittel (69%) der Stimmberechtigten die Einführung des E-Votings befürwortet. Lediglich 29 Prozent sind eher oder gar bestimmt dagegen.¹⁴

Schlüsselt man die Haltung der Bevölkerung zur Einführung von E-Voting nach soziodemographischen Merkmalen auf, so stechen vor allem zwei Merkmale heraus. Zum einen das Alter: Generell gilt dabei, dass mit steigendem Alter auch die zustimmende Haltung zum E-Voting abnimmt. Eine flächendeckende Einführung ist beispielsweise für 30-Jährige ein Muss, während derselbe Anteil bei den über 70-Jährigen gar unter die 50-Prozent-Marke fällt. Dieser Alterseffekt bleibt auch dann sichtbar, wenn nur die regelmässigen UrnengängerInnen berücksichtigt werden. In der Tat liesse sich einwenden, dass diese Unterschiede – namentlich diejenigen zwischen den jüngsten Stimmberechtigten und den Stimmberechtigten mittleren

¹⁴ 2 Prozent enthielten sich einer substanziellen Äusserung («Weiss nicht»).

Alters – auf die generelle Teilnahmebereitschaft zurückzuführen sind.¹⁵ Wie jedoch die rechte Hälfte der *ABBILDUNG 7* zeigt, ist dies nicht der Fall. E-Voting ist – unabhängig von der Stimmhäufigkeit – vor allem bei den 30-Jährigen eine fast schon einstimmige Forderung und zwar unabhängig davon, wie sehr sie sich in den politischen Entscheidungsprozess einbringen.

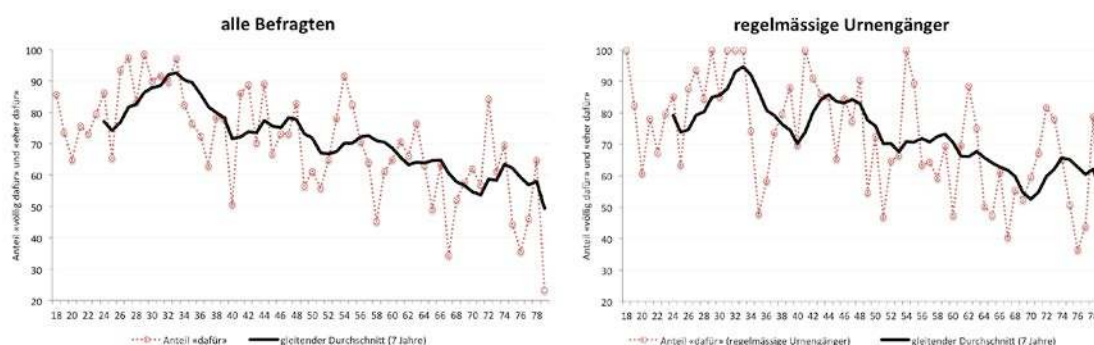


ABBILDUNG 7: HALTUNG ZUR EINFÜHRUNG DES E-VOTINGS NACH ALTER: ALLE BEFAGTANE UND REGELMÄSSIGE URNENGÄNGER

Höhere Schulbildung¹⁶ fördert die zustimmende Haltung zu E-Voting ebenfalls. UniversitätsabgängerInnen sowie Befragte mit Fachhochschulabschluss oder einer höheren Berufsausbildung zählen zu den entschiedensten Unterstützern des E-Votings. Hingegen ist dieselbe Unterstützung bei Stimmberechtigten mit Berufsausbildung bzw. mit obligatorischer Schulbildung erheblich geringer ausgeprägt. Die Abstimmungshäufigkeit spielt auch hier keine entscheidende, intervenierende Rolle. Es ist demnach nicht so, dass sich diese Differenzen auflösen, wenn nur diejenigen berücksichtigt werden, die sich regelmässig an Abstimmungen und Wahlen beteiligen. Die Forderung, E-Voting einzuführen, wird von den höheren Bildungsschichten generell eher unterstützt als von den tieferen Bildungsschichten.

¹⁵ Die Haltung zur flächendeckenden Einführung von E-Voting ist selbstredend auch davon abhängig, wie wichtig man die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen im Allgemeinen erachtet. Jemand, der nie oder kaum je partizipiert, wird erwartungsgemäss auch keine Notwendigkeit darin erkennen, das E-Voting einzuführen. Nun ist aber bekannt, dass die Teilnahmequote unter den jugendlichen Stimmberechtigten geringer, teils erheblich geringer ist als bei älteren Stimmberechtigten (siehe hierzu: Milic et al. 2014, Serdült 2013).

¹⁶ Die Klassifikation der Abschlüsse orientiert sich an der entsprechenden BfS-Klassifikation: http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/regionen/11/geo/raeumliche_typologien/00.html.

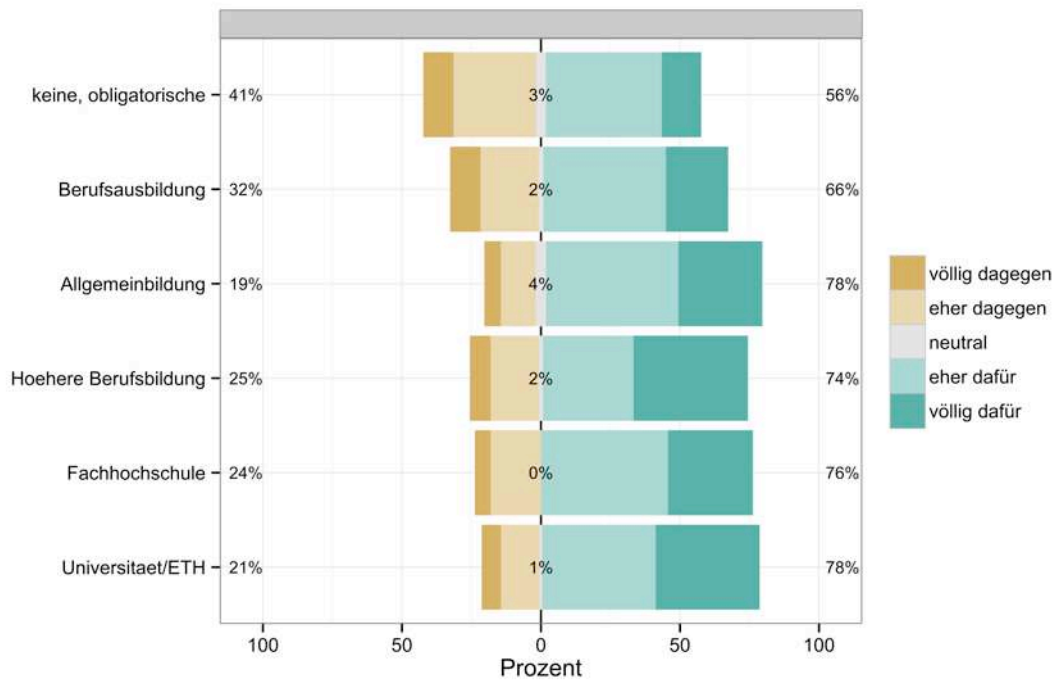


ABBILDUNG 8: HALTUNG ZUR EINFÜHRUNG DES E-VOTINGS NACH SCHULBILDUNG

Weitere soziodemographische Unterschiede gibt es hingegen kaum. Das Geschlecht spielt beispielsweise keine Rolle ebenso wenig wie der Stadt-Land-Gegensatz. So betragen die Unterstützungswerte unter den Städtern rund 70 Prozent, während sie in den ländlichen Regionen etwas darunter - bei rund 65 Prozent - liegen. Verblüffend ist hier - zumindest auf den ersten Blick - der Umstand, dass der Bedarf nach E-Voting in ruralen Gebieten nicht höher ist als in den urbanen Gebieten. Aufgrund des - ceteris paribus - höheren Aufwands¹⁷ bei der Stimmabgabe in Wahllokalen auf dem Land hätte man annehmen können, dass die Forderung nach einer flächendeckenden Einführung des E-Votings dort auch mehr Unterstützer findet. Indes, dies ist nicht der Fall. Zunächst liegt dies daran, dass das E-Voting vor allem beim «urbanen Typus» des Stimmbürgers besonders beliebt ist. Nicht deswegen, weil er in besonderem Masse darauf angewiesen wäre oder weil die elektronische Stimmabgabe seine Partizipation wesentlich erleichtern würde, sondern vielmehr, weil diese Form der Stimmabgabe seinem Lebensstil eher entspricht. Sodann stimmen auch die Stimmberechtigten aus ländlichen Gemeinden hauptsächlich brieflich, womit das Argument des grösseren Aufwands alleine schon dadurch entkräftet wird.

Schätzt¹⁸ man die Zustimmung zur Einführung von E-Voting auf Bezirksebene, so fällt zunächst auf, dass die Unterschiede gering sind. Die Zustimmungswerte sind beinahe nirgendwo tiefer als 60 Prozent und nirgendwo höher als 80 Prozent. Die Zustimmung ist in urbanen Gebieten besonders hoch ebenso wie in gewissen peripheren Regionen im Alpengebiet, darunter namentlich Regionen im Kanton Graubünden.

¹⁷ Die Überlegung ist diejenige, wonach in entlegenen Gebieten die Stimmabgabe in einem Wahllokal mit grösserem Aufwand verbunden ist als in gut erschlossenen, dicht besiedelten urbanen Gebieten.

¹⁸ Die Bezirkswerte wurden mit dem MrMP-Verfahren (Lax und Phillips 2009, Leeman und Wasserfallen forthcoming) geschätzt.

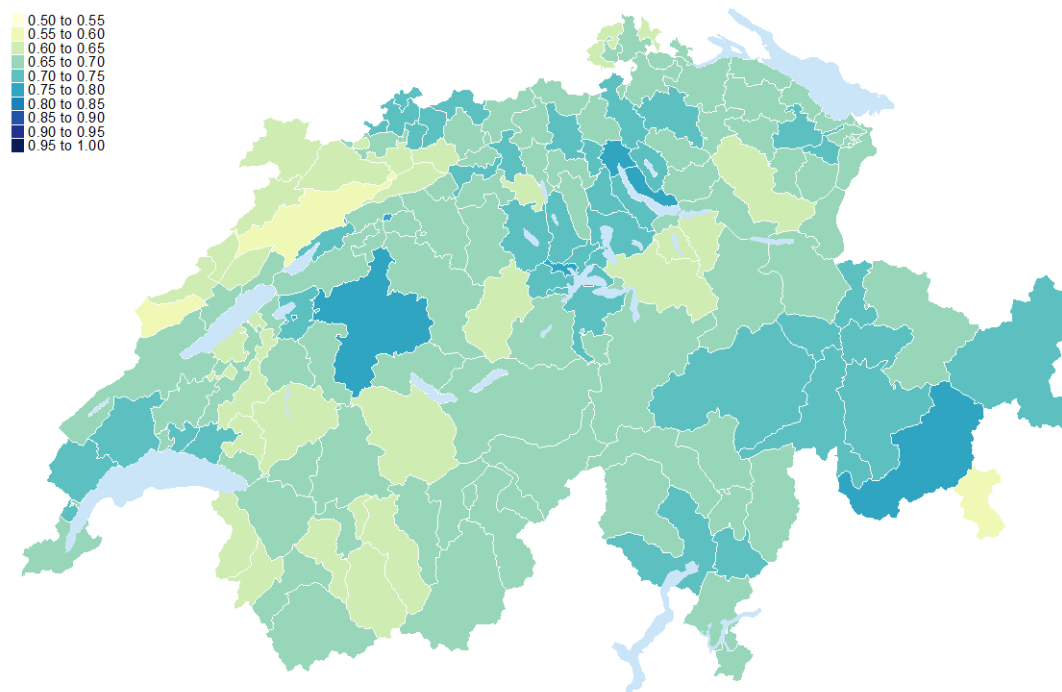


ABBILDUNG 9: HALTUNG ZUR EINFÜHRUNG DES E-VOTINGS NACH BEZIRKE (ANTEIL «SEHR» UND «EHER DAFÜR» IN PROZENT (P))

In der Regel sind «psychologische» (d.h. Einstellungen, Haltungen, etc.) bzw. politische Merkmale (Parteisympathie, ideologische Selbsteinschätzung) von höherer Bedeutung für die Unterstützung politischer Massnahmen als soziodemographische Variablen. Dies liegt daran, dass sie, psychologisch gesprochen, näher am eigentlichen Verhaltensakt bzw. der eigentlichen Meinungsäusserung liegen als soziodemographische Globalvariablen. Dem Einfluss dieser intermediären, psychologischen Variablen auf die Unterstützung des E-Votings ist der nächste Abschnitt gewidmet.

Zunächst ist davon auszugehen, dass sich das politische Interesse bzw. die Abstimmungshäufigkeit auf die E-Voting-Haltung abfärbt. Denn in der Einführung des E-Votings sehen voraussichtlich diejenigen eine Notwendigkeit, die sich, erstens, für Politik interessieren und, zweitens, als Folge davon auch an Wahlen und Abstimmungen beteiligen. Wer hingegen - aus welchen Gründen auch immer - politisch desinteressiert ist und für gewöhnlich der Urne fernbleibt, wird wohl auch keinen Bedarf am elektronischen Stimmkanal anmelden. In der Tat zeigen sich die oben erwähnten erwarteten Einstellungsmuster. Allerdings erstaunt der Umstand, dass sowohl das politische Interesse wie auch die Abstimmungshäufigkeit sich nicht sonderlich stark in der Befürwortung des E-Votings niederschlagen. Wie gesagt, es gibt

Unterschiede, aber sie sind nicht sonderlich gross (siehe TABELLE 9 im Anhang). Erstaunlich ist zudem der Umstand, dass der Anteil der entschiedenen GegnerInnen des E-Votings ausgerechnet unter den politisch sehr Interessierten am höchsten ist.¹⁹ Dies ist abermals ein Hinweis darauf, dass die Skepsis gegenüber dem E-Voting auf unterschiedlichen Motiven fusst: Die einen lehnen es aus «traditionalistischen» Gründen ab, andere aus einer Skepsis gegenüber den Manipulationsrisiken, für die aber vor allem hoch Gebildete sensibilisiert sind.

Letzteres zeigt sich teilweise auch in den Unterstützungswerten der verschiedenen Parteianhängerschaften. Denn die «Skeptiker» des E-Votings stammen vornehmlich aus den Reihen zweier Parteien, die sich ansonsten kaum unähnlicher sein könnten: Die Grünen und die SVP. Bei den Grünen beträgt der Unterstützungsanteil 60 Prozent, bei der SVP 57 Prozent (siehe ABBILDUNG 10). Als Vergleich dazu die entsprechenden Werte für die SP- und glp-Anhängerschaften: Bei den ersteren waren 76 Prozent «sehr» oder «eher» für eine Einführung des E-Votings, bei der glp mit ihrer urbanen, hoch gebildeten Anhängerschaft (Lutz 2016) gar 88 Prozent.²⁰ Bezeichnend ist zudem die Tatsache, dass der Anteil derjenigen, die entschieden gegen die Einführung des E-Votings sind, bei den Grünen klar am höchsten ist: Jeder fünfte Befragte der GPS gab im Interview zu erkennen, dass er dezidiert gegen die Einführung des E-Votings sei.

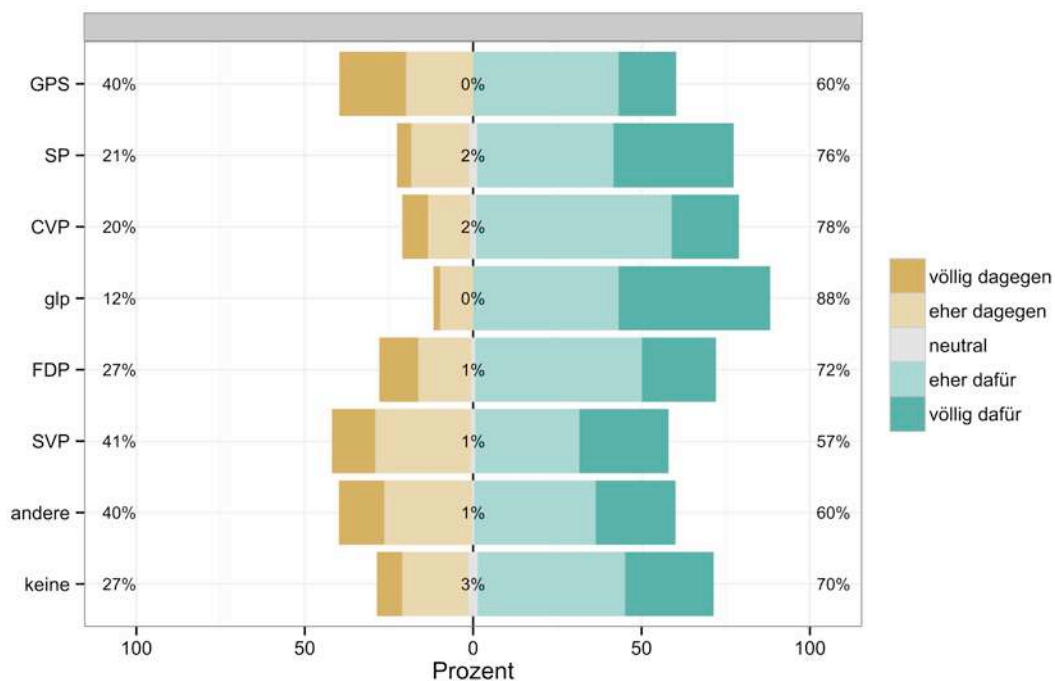


ABBILDUNG 10: HALTUNG ZUR EINFÜHRUNG DES E-VOTINGS NACH PARTEISYMPATHIE

Diese Skepsis lässt sich weiter nicht alleine mit dem allgemeinen Misstrauen gegenüber dem Internet erklären. Vor allem die Grünen misstrauen dem Internet nicht generell stärker als andere Parteianhängerschaften. Was sie und die SVP jedoch von den anderen Parteianhängerschaften massgeblich unterscheidet, ist ihr vergleichsweise mässiges Vertrauen in den elektronischen

¹⁹ Allerdings ist auch der Anteil derjenigen, die entscheiden für eine Einführung des E-Votings sind, unter den politisch Interessierten am höchsten.

²⁰ Wegen den teilweise geringen Fallzahlen sind diese Werte allerdings mit teils hohen Stichprobenfehlern behaftet: GPS: +/- 15 Prozentpunkte; SP: +/- 6 Prozentpunkte; glp: +/- 10 Prozentpunkte; SVP: +/- 7 Prozentpunkte.

Stimmkanal *im Speziellen* (vgl. *ABBILDUNG 5* und *ABBILDUNG 14* im Anhang). Damit sei allerdings nicht gesagt, dass das Vertrauen ins Internet keine Rolle spielen würde. Im Gegenteil, es spielt eine ganz erhebliche Rolle, welches Vertrauen man in das Internet im Allgemeinen hat. Die nachfolgende *ABBILDUNG 11* zeigt eindrücklich, wie stark beide Merkmale miteinander korrelieren.

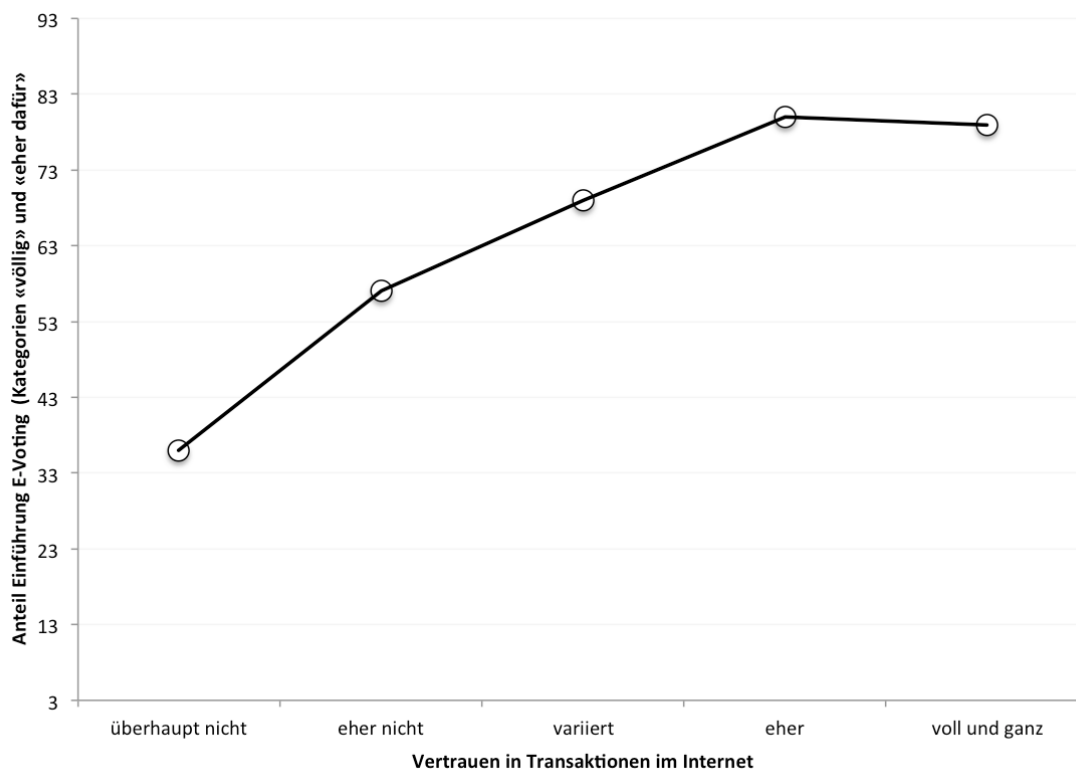


ABBILDUNG 11: HALTUNG ZUR EINFÜHRUNG DES E-VOTINGS UND VERTRAUEN IN DAS INTERNET

Indes, es handelt sich nicht um einen überraschenden Befund. Wer dem World Wide Web nicht traut, der wird auch dem E-Voting eine gehörige Portion Skepsis entgegenbringen. Im Prinzip kann man gar sagen, dass Vertrauen in das Internet (meist) eine *notwendige (wenn auch nicht hinreichende)* Bedingung dafür ist, die Einführung des E-Votings zu unterstützen. Doch Vertrauen in das Internet *alleine* reicht nicht aus, wie das Beispiel der Grünen-Anhängerschaft zeigt. Sie hat – im Gegensatz zur SVP-Anhängerschaft – kein ausgeprägtes Misstrauen gegenüber Internettransaktionen, steht dem E-Voting aber vergleichsweise skeptisch gegenüber. Wie zuvor gesehen, hegen die Grünen im Zusammenhang mit dem E-Voting vor allem eine Befürchtung: Dass bei der elektronischen Stimmabgabe ein höheres Manipulationsrisiko gegeben sei als bei der Briefwahl. Dieses erhöhte Manipulationsrisiko wäre indes grundsätzlich bei allen Internettransaktionen gegeben. Insofern wirft dieser Widerspruch zwischen grundsätzlichem Internetvertrauen und E-Voting-Skepsis Fragen auf. Eine übermässige technische Anfälligkeit des E-Votings für Manipulationen (im Vergleich etwa zum E-Banking) ist allem Anschein nach nicht der Grund für diese Skepsis unter den Grünen. Vermutlich liegt es daran, dass ihnen eine hohe Transparenz und eine hohe Manipulationsresistenz bei der Abstimmungsdemokratie ungleich wichtiger erscheint als bei anderen Internettätigkeiten.

Hingegen ist keine Interaktion zwischen Parteisympathie und Alter zu erkennen. Dazu haben wir die Zustimmung zum E-Voting zwischen den Altersklassen der drei zahlenmässig stärksten Parteianhängerschaften (SVP, SP und FDP) verglichen. In allen drei Anhängerschaften nehmen

die Unterstützungswerte der über 45-Jährigen ab – und zwar unabhängig von ihrer Parteicouleur. Die SVP-SympathisantInnen sind dabei in allen Altersgruppen die Skeptischsten.

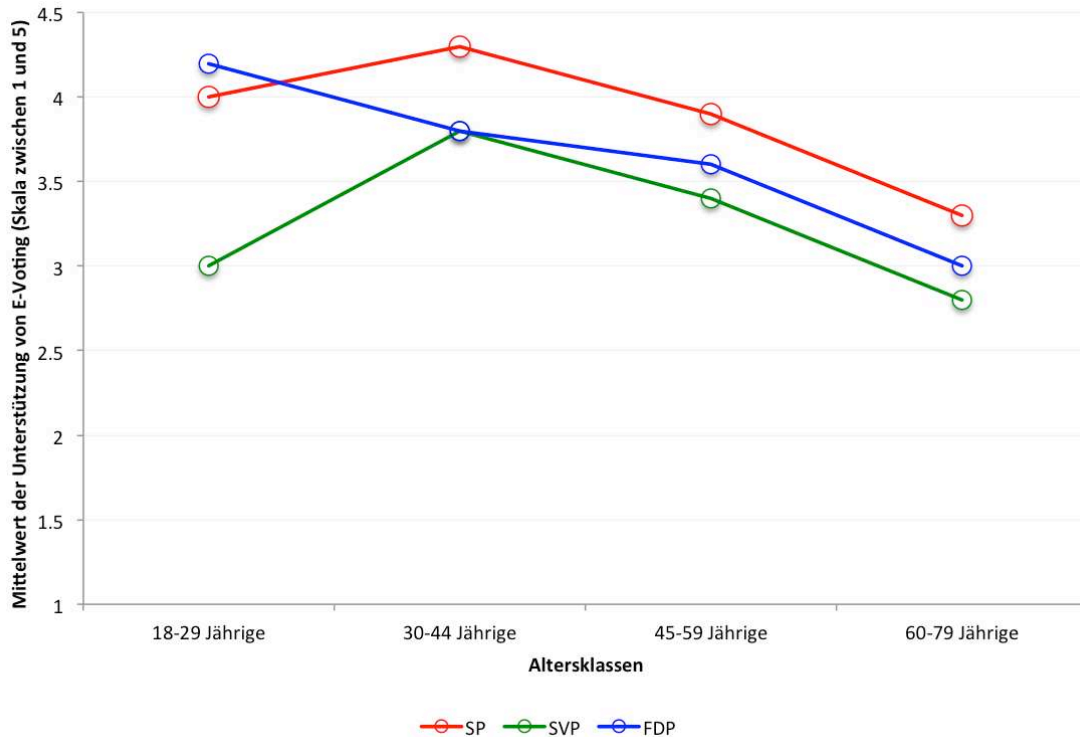


ABBILDUNG 12: HALTUNG ZUR EINFÜHRUNG DES E-VOTINGS NACH ALTER UND PARTEISYMPATHIE

In einem letzten Schritt wurde die Einstellung zum E-Voting multivariat untersucht. Eine multivariate Untersuchung ermöglicht es, die relative Einflussstärke der einzelnen Bestimmungsgründe zu schätzen. Mit der relativen Einflussstärke ist der vom Einfluss von Kovariaten «bereinigte» Effekt einer Einflussgrösse gemeint. Im vorliegenden Fall liesse sich beispielsweise überprüfen, wie stark der Einfluss des Alters ist, wenn man gleichzeitig für die Internetnutzung kontrolliert, wissend das Jüngere das Internet häufiger nutzen als Ältere. Eine multivariate Analyse vermag im Gegensatz zu einer bivariaten Analyse genau diese Erklärungsleistung zu erbringen. Zu diesem Zweck haben wir in einem ersten Schritt sämtliche soziodemographischen und politischen Erklärungsgrössen in einem multivariaten Modell berücksichtigt. Die Haltung zur Einführung des E-Votings in der Schweiz wurde zudem dichotomisiert (d.h. in eine Variable mit lediglich zwei Merkmalsausprägungen - «dafür» und «dagegen» - überführt), um ein logistisches Regressionsmodell überprüfen zu können. Die in der nachfolgenden *ABBILDUNG 13* ausgewiesenen Effektstärken sind sogenannte «Odds Ratios» (Gewinnchancen). Die Odds Ratios geben in der vorliegenden Analyse das Chancenverhältnis zwischen der Ablehnung und der Befürwortung des E-Votings an. Je höher diese Odds Ratios desto stärker der positive Effekt der entsprechenden Variablen auf die Unterstützung des E-Votings. Je tiefer der Odds Ratio-Wert, desto stärker der entsprechende negative Effekt.

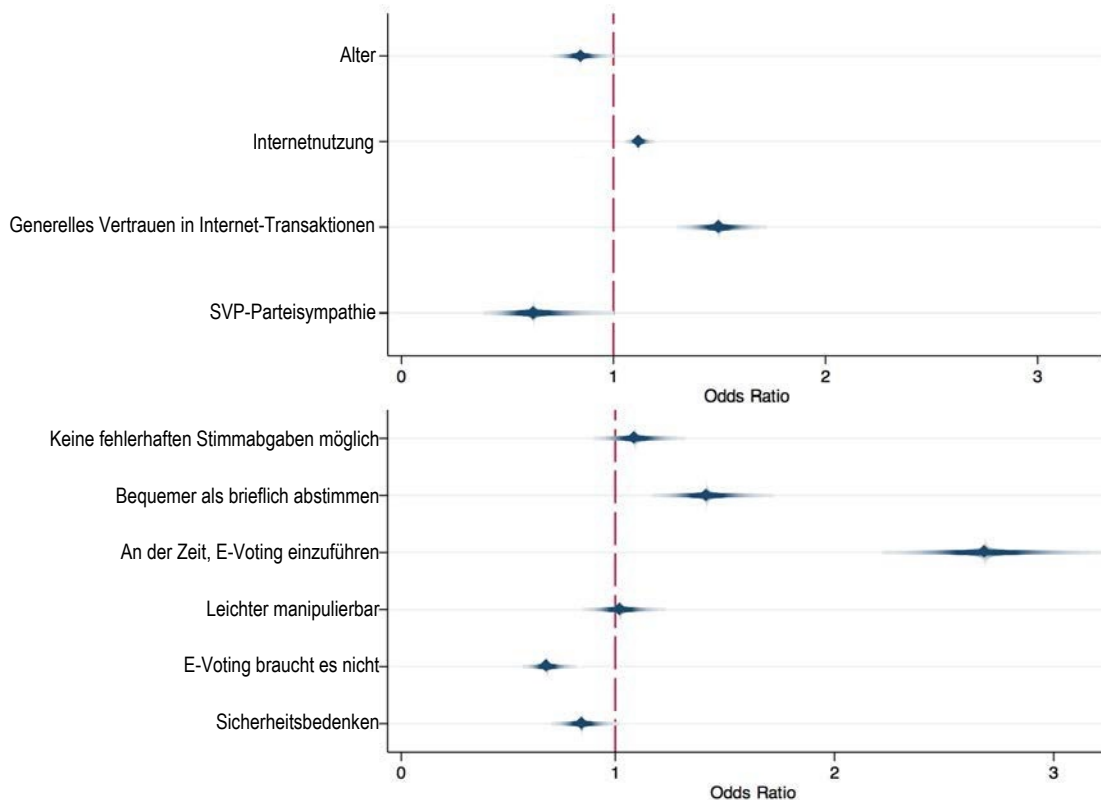


ABBILDUNG 13: EFFEKSTÄRKEN DER WICHTIGSTEN BESTIMMUNGSGRÜNDE FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG DES E-VOTINGS

Die Internetnutzung ebenso wie das allgemeine Vertrauen ins Internet üben multivariat den stärksten Einfluss auf die E-Voting-Haltung aus (oberes Modell). Dieser Befund ist wenig überraschend. Aufschlussreicher ist wohl der Umstand, dass das Alter selbst bei Konstanthaltung der beiden zuvor genannten Variablen signifikant bleibt. Jüngere Stimmberechtigte tendieren unabhängig von ihrer Internetnutzung und ihrem Vertrauen ins Internet eher dazu, die Einführung des E-Votings zu unterstützen als ältere Stimmberechtigte. Zuletzt verbleibt auch die SVP-Parteisympathie signifikant. SVP-AnhängerInnen stehen dem E-Voting generell skeptischer gegenüber als andere Parteianhängerschaft. Auch auf die Grünen-Anhängerschaft trifft dies zu, allerdings sind die Effekte statistisch gesprochen nicht signifikant. Dies liegt im Wesentlichen daran, dass ihre Fallzahl gering ist, was zu einer höheren Wahrscheinlichkeit der Ablehnung einer Nullhypothese führt.

Dasselbe logistische Regressionsmodell wurde sodann auch mit den Argumenten zum E-Voting überprüft (unteres Modell).²¹ Im Mittelpunkt dieser Analyse stand demnach die Frage, welches der getesteten Argumente die Haltung zur generellen Einführung des E-Votings am stärksten beeinflusst.

Dabei erwies sich das Argument der «Zeitgemässheit» als das wirkungsvollste: Wer davon überzeugt ist, dass der Verzicht auf E-Voting *ein Anachronismus* sei, unterstützt die Einführung des E-Votings grossmehrheitlich, und zwar ungeachtet dessen, welche Probleme er darin möglicherweise sonst noch zu erkennen vermag. Daneben wirkt sich auch das Bequemlichkeitsargument auf die Unterstützung des E-Votings aus. Befragte, die im

²¹ Wir haben darauf verzichtet, ein Modell zu überprüfen, welches sowohl soziodemographische Variablen wie auch Argumentenhaltungen enthält. Dies deswegen, weil sich diese Erklärungsgrössen auf zwei unterschiedlichen Ebenen befinden.

elektronischen Stimmkanal eine bequemere Alternative zur Briefwahl sehen, schlagen sich in der Regel auch ins Lager der E-Voting-Befürworterschaft. Die Gegnerschaft des E-Votings rekrutiert sich vor allem aus den «Traditionalisten» bzw. denjenigen, die keinen (zusätzlichen) Nutzen in der elektronischen Stimmabgabe sehen. In etwas geringerem Ausmass trifft dies auch auf diejenigen zu, die Sicherheitsbedenken haben. Je grösser diese Bedenken, desto wahrscheinlicher eine Ablehnung des E-Votings. Überraschend ist indes auch ein Nicht-Resultat: Das Manipulationsargument hat keinen signifikanten Einfluss auf die Unterstützung des E-Votings. Wie weiter oben gezeigt, liegt das paradoxerweise darin, dass diese Bedenken *weit verbreitet* sind. Aber dies hindert viele nicht daran, das E-Voting trotzdem zu unterstützen. Wir können nur spekulieren, weshalb dies so ist. Eine mögliche Erklärung mag sein, dass man dieses Manipulationsrisiko bewusst in Kauf nimmt, weil man die Vorteile des E-Votings für gewichtiger als diesen einen Nachteil hält. Weiter ist denkbar, dass man das Manipulationsrisiko zwar für real hält, aber nicht für sehr wahrscheinlich.²² Vielleicht gehen einige aber auch davon aus, dass *keine Form* der Stimmabgabe gänzlich gegen Manipulationsversuche gefeit ist bzw., dass der Meinungsbildungsprozess ohnehin beeinflusst oder manipuliert wird (durch Kampagnen, Medien oder Behörden), sodass das *zusätzliche* Manipulationsrisiko des E-Votings nicht mehr sonderlich ins Gewicht fällt.

4.4 Schlussbemerkungen

Die Schweizer Stimmberechtigten begrüssen in ihrer Mehrheit eine Einführung des elektronischen Stimmkanals. Vor allem die jüngeren Stimmberechtigten sind der Ansicht, dass es an der Zeit sei, auch flächendeckend über das Internet stimmen und wählen zu können. Dabei ist es weniger der Umstand, dass das E-Voting eine wesentliche Vereinfachung mit sich bringe, welches in dieser Altersklasse den Ausschlag gibt. Dieses Argument wurde zwar häufig genannt, aber für viele jüngere Stimmberechtigte passt die elektronische Stimmabgabe in erster Linie zu ihrem «digitalen» Lebensstil. Und die «Digital Natives» nehmen kontinuierlich an Zahl zu – die Nachfrage nach dem E-Voting dürfte deshalb mittelfristig ansteigen. Viele Stimmberechtigte glauben zudem, dass sich die Beteiligung erhöhen würde, stünde der elektronische Stimmkanal offen. Ob diese Hoffnungen dereinst auch empirisch in Erfüllung gehen, ist indes fraglich: Partizipationsstudien gehen von geringen Beteiligungseffekten aus und auch die Einführung der brieflichen Stimmabgabe erhöhte seinerzeit die Beteiligung nur graduell. Aber die Befragung zeigt zumindest, dass die Bürger mit dem E-Voting positive Effekte für die Demokratiequalität verknüpfen, was wiederum für die Akzeptanz dieses Stimmkanals gewiss von Vorteil ist.

Gleichwohl gibt es nach wie vor Handlungsbedarf – vor allem bei der Weiterentwicklung bzw. Vermittlung der Sicherheit der elektronischen Stimmabgabe. Ob zu Recht oder nicht, auf jeden Fall hat eine erhebliche Zahl der Stimmberechtigten nach wie vor Sicherheitsbedenken, wenn es um das E-Voting geht. Einige von ihnen, vor allem solche, die das Internet generell oft nutzen, nehmen diese Risiken offenbar in Kauf. Andere jedoch nicht. Ihre Sorgen sind ernst zu nehmen und ihr Vertrauen zu gewinnen, muss das nächste Etappenziel bei der Einführung des E-Votings sein. Zuletzt ist auch auf Sorgen einzugehen, die im Zusammenhang mit dem E-Voting kaum diskutiert wurden, aber in der älteren Bevölkerung breit vorhanden sind: Diese Sorgen betreffen nicht etwa die Internetkompetenz der älteren Stimmberechtigten, um die sich verblüffenderweise eher die jüngeren Befragten sorgen. Sie betreffen vielmehr den Meinungsbildungsprozess, von dem befürchtet wird, dass er unter der «Digitalisierung der Politik» - und die elektronische Stimmabgabe wird als eines ihrer Symptome angesehen – leiden werde. Hier muss die Politik

²² Im Prinzip wäre weiter abzuklären, für wie wahrscheinlich man eine solche Manipulation hält.

Wege finden, den persönlichen Austausch von Meinungen und Haltungen, der zu einer lebendigen Demokratie gehört, auch in das digitale Zeitalter zu retten.

4.5 Anhang

4.5.1 Die Befragung

Die Befragung wurde vom Umfrageinstitut LINK zwischen dem 11. und 21. April 2016 durchgeführt. Die Grundgesamtheit bildeten Schweizer Stimmberechtigte zwischen 18 und 79 Jahren, die telefonisch in einer der drei Landessprachen Deutsch, Französisch oder Italienisch Auskunft geben konnten. Die Bruttostichprobe umfasste 1'523 Befragte, wobei insgesamt 1'228 Personen die oben angegebenen Kriterien erfüllten. Um statistisch verlässliche Resultate zu den beiden Sprachminderheiten liefern zu können, wurden letztere disproportional stark im Stichprobenplan berücksichtigt. So umfasst das Deutschschweizer Sample 801 Befragte (Werte der Bruttostichprobe), das Westschweizer Sample 441 Befragte und das Sample der Italienischen Schweiz 278 Befragte. Für die Auswertung gesamtschweizerischer Daten wurde das Sample jeweils dergestalt gewichtet, dass die sprachregionalen Verhältnisse im Sample den effektiven Verhältnissen in der Grundgesamtheit entsprachen. Die Befragung war Teil des «Day-to-Day»-Omnibusses von LINK, der mittels computergestützter Telefoninterviews (CATI) durchgeführt wird.

4.5.2 Die Stichprobe

Die Stichprobe ist, wie gesagt, ein disproportional geschichtetes Zufallsample. Weiter handelt es sich dabei um eine «Dual Frame»-Stichprobe. Mit anderen Worten: Die Stichprobe wird aus zwei Listen zu je 50%²³ gezogen: Einerseits aus einer öffentlich zugänglichen Liste eingetragener Festnetzanschlüsse, wobei die Zielperson mittels Random-Strata-Verfahren ausgewählt wird. Die andere Hälfte der Zielpersonen wurde mittels Mobile RDD ausgewählt. Die Auswahl der Zielpersonen erfolgt bei den Mobilenummern direkt, wobei sie zuvor über SMS über die Kontaktaufnahme vorinformiert wurden.

Alle Stichproben sind mit einer Unsicherheit behaftet. Dieser Zufallsfehler wird in der Regel für ein Konfidenzniveau von 95 Prozent angegeben. Mit anderen Worten: Ausgewiesen wird ein Stichprobenfehler (und davon abgeleitet ein Konfidenzintervall), der angibt, innerhalb welcher Bandbreite der effektive Wert mit 95%-Sicherheit zu liegen kommt. Für die vorliegende Nettostichprobe von 1'228 Befragten beträgt der Stichprobenfehler bei einer Verteilung von 50/50 Prozent +/-2.9 Prozentpunkte. Das entsprechende Konfidenzintervall betrüge im vorliegenden Beispiel demnach 47.1-52.9 Prozent.

²³ Zur Frage, inwieweit diese spezifische Zusammensetzung des Samples den realen Verhältnissen in der Schweiz entspricht, verweisen wir auf den Technischen Bericht von LINK.

4.5.3 Weitere Tabellen und Abbildungen

TABELLE 8: HALTUNG ZUR EINFÜHRUNG VON E-VOTING NACH SOZIODEMOGRAPHISCHEN MERKMALEN

MERKMAL	N	DAFÜR	DAGEGEN	WEISS NICHT/K.A.
ALLE BEFRAGTEN	1228	69	29	2
GESCHLECHT				
MÄNNER	605	71	28	1
FRAUEN	623	68	29	2
ORTSTYP				
KERNSTADT	465	70	27	2
HAUPTKERN	356	70	26	3
NEBENKERN	95	71	29	0
AGGLOMERATIONSGEMEINDE	248	72	27	1
MEHRFACH ORIENTIERTE GEMEINDE	86	72	28	0
KERNGEMEINDE AUSSERHALB AGGLOMERATION	48	65	32	3
LÄNDLICHE GEMEINDE	225	64	35	1
ALTERSKLASSEN				
18-19-JÄHRIGE	34	77	18	5
20-29-JÄHRIGE	193	78	20	1
30-44-JÄHRIGE	266	80	19	2
45-59-JÄHRIGE	360	67	32	0
ÜBER 59-JÄHRIGE	375	55	41	4
BILDUNG				
KEINE/OBLIGATORISCHE	165	56	41	3
BERUFSAUSBILDUNG	525	66	32	2
ALLGEMEINBILDUNG	116	78	19	4
HÖHERE BERUFSBILDUNG	128	74	25	2
FACHHOCHSCHULE	101	76	24	0
UNIVERSITÄT/ETH	179	78	21	1
SPRACHREGION				
DEUTSCHSCHWEIZ	687	70	28	2
ROMANDIE	340	67	36	2
ITALIENISCHE SCHWEIZ	201	66	30	4
MÖGLICHKEIT E-VOTING				
JA	73	66	34	0
NEIN	1120	70	28	2

TABELLE 9: HALTUNG ZUR EINFÜHRUNG VON E-VOTING NACH POLITISCHEN MERKMALEN

MERKMAL	N	DAFÜR	DAGEGEN	WEISS NICHT/K.A.
ALLE BEFRAGTEN	1228	69	29	2
VERTRAUEN INS INTERNET				
VOLL UND GANZ	176	79	18	3
EHER	580	81	19	0
EHER NICHT	259	57	41	2
ÜBERHAUPT NICHT	162	36	59	5
POLITISCHES INTERESSE				
SEHR INTERESSIERT	246	70	28	2
EHER INTERESSIERT	623	72	26	2
EHER UNINTERESSIERT	254	64	34	1
ÜBERHAUPT NICHT INTERESSIERT	102	63	33	4
ABSTIMMUNGSHÄUFIGKEIT				
IMMER (10)	465	69	29	2
OFT (7-9)	370	76	23	0
DURCHSCHNITTLICH (4-6)	197	63	36	2
SELTEN (1-3)	117	66	29	4
NIE (0)	73	66	30	4
INTERNETNUTZUNG				
MEHRMALS TÄGLICH	668	78	21	1
EINMAL TÄGLICH	186	74	24	1
MEHRMALS PRO WOCHE	134	68	30	2
EINMAL PRO WOCHE	47	49	51	0
MEHRMALS PRO MONAT	24	60	40	0
SELTENER	48	42	53	5
NIE	119	29	64	7
PARTEISYMPATHIE				
GPS	40	60	40	0
SP	193	76	21	2
CVP	78	78	20	2
GLP	37	88	12	0
FDP	168	72	27	1
SVP	175	57	41	1
ANDERE	76	60	40	0
KEINE PARTEI/W.N.	461	70	27	3

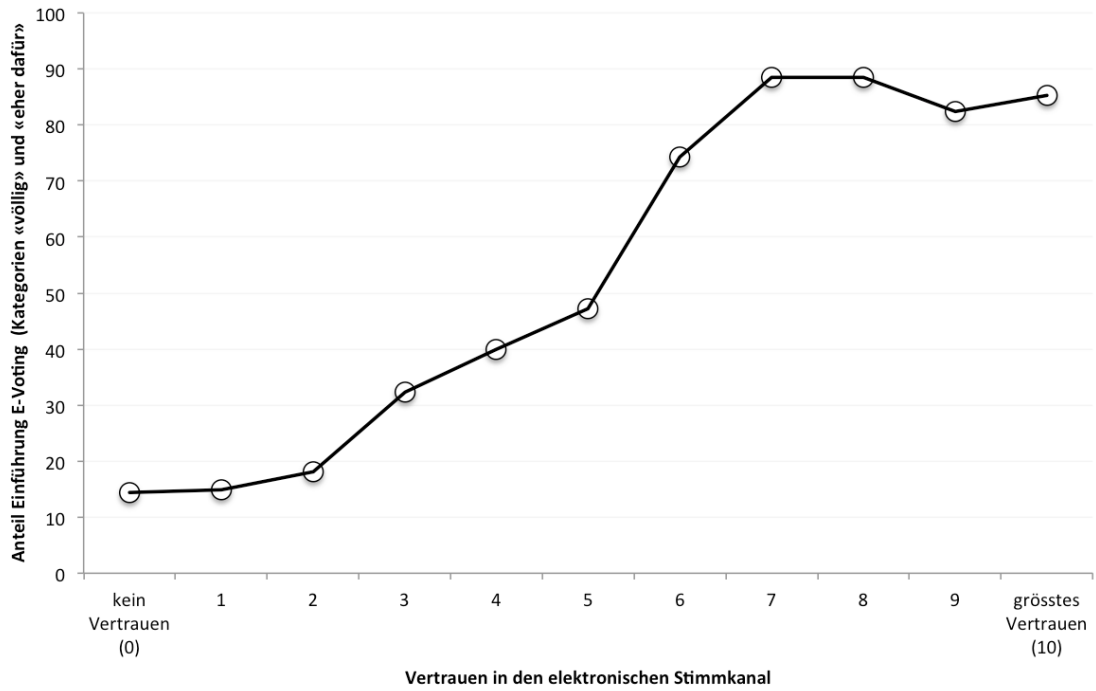


ABBILDUNG 14: HALTUNG ZUR EINFÜHRUNG DES E-VOTINGS UND VERTRAUEN IN DEN ELEKTRONISCHEN STIMMKANAL

5 Literaturverzeichnis

Bernhard, Laurent (2012) Message Delivery, in: Kriesi, Hanspeter (Hrsg.) *Political Communication in Direct Democratic Campaigns. Enlightening or Manipulating?* Basingstoke: Palgrave Macmillan, 82-92.

Bochsler, Daniel (2010) Can Internet Voting Increase Political Participation? Remote Electronic Voting and Turnout in the Estonian 2007 Parliamentary Elections, Presentation at Internet and Voting Conference Fiesole, 2010. <http://www.eui.eu/Projects/EUDO-PublicOpinion/Documents/bochsler-voteeui2010.pdf>

Bochsler, Daniel und Pascal Sciarini (2010) So Close But So Far: Voting Propensity and Party Choice for Left-Wing Parties, *Swiss Political Science Review* 16 (3): 373–402.

Bundeskanzlei (2013) *Bericht des Bundesrates zu Vote électronique*. Auswertung der Einführung von Vote électronique (2006-2012) und Grundlagen zur Weiterentwicklung. <http://www.bk.admin.ch/themen/pore/evoting/07977/index.html?lang=en>

Funk, Patricia (2010) Social Incentives and Voter Turnout: Evidence from the Swiss Mail Ballot System. *Journal of the European Economic Association* 8(5): 1077–1103.

Germann, Micha und Uwe Serdült (2014) Internet Voting for Expatriates: The Swiss Case, *JeDEM – eJournal of eDemocracy & Open Government* 6 (2): 197-215.

Germann, Micha, Conradin, Flurin, Wellig, Christoph und Serdült, Uwe (2014) Five Years of Internet Voting for Swiss Expatriates. In: Peter Parycek, and Noella Edelmann (eds.) *CeDEM 14. Conference for E-Democracy and Open Government*. 21-23 May 2014, Danube University Krems, Austria. Krems: Danube University Krems, 127-140.

Lax, Jeffrey R. und Justin H. Phillips (2009) Gay Rights in the States: Public Opinion and Policy Responsiveness. *American Political Science Review* 103(3): 367-386.

Leeman, Lucas und Fabio Wasserfallen (forthcoming). Extending the Use and Prediction Precision of Subnational Public Opinion Estimation. *American Journal of Political Science*. http://www.fabiowasserfallen.ch/Website/Publications_files/AJPS_leemann_wasserfallenl.pdf

Luechinger, Simon, Myra Rosinger und Alois Stutzer (2007) The impact of postal voting on participation. Evidence for Switzerland. *Swiss Political Science Review* 13(2): 167–202.

Lutz, Georg (2016) *Eidgenössische Wahlen 2015*. Wahlteilnahme und Wahlentscheid. Lausanne: FORS.

Mendez, Fernando und Serdült, Uwe (2014) From initial idea to piecemeal implementation: Switzerland's first decade of Internet voting reviewed, in: Zissis, Dimitrios and Lekkas, Dimitrios (Eds.) *Design, Development, and Use of Secure Electronic Voting Systems*. Hershey PA: IGI Global, 115-127.

Milic, Thomas, Bianca Rousselot und Adrian Vatter (2014) *Handbuch der Abstimmungsforschung*. Zürich: NZZ Verlag.

Sciarini, P.; Cappelletti, F.; Goldberg, A.; Nai, A. und A. Tawfik, A. (2013) *Étude du vote par internet dans le canton de Genève, Rapport final à l'intention de la Commission externe d'évaluation des politiques publiques*, Département de science politique et relations internationales, University of Geneva, 2013. http://ge.ch/vote-electronique/media/site_vote-electronique/files/imce/doc_rapports/rapport-finalsciarini-vote-par-internet.pdf

Serdült, Uwe (2013) Partizipation als Norm und Artefakt in der schweizerischen Abstimmungsdemokratie – Entmystifizierung der durchschnittlichen Stimmbeteiligung anhand von Stimmregisterdaten aus der Stadt St. Gallen, in: Good, Andrea; Platipodis, Bettina (Hrsg.). *Direkte Demokratie: Herausforderungen zwischen Recht und Politik*, Festschrift für Andreas Auer zum 65. Geburtstag, Bern: Stämpfli, 41-50.

Serdült, Uwe; Micha Germann; Fernando Mendez; Alicia Portenier und Christoph Wellig (2015) Fifteen Years of Internet Voting in Switzerland: History, Governance and Use, *IEEE Xplore* CFP1527Y-PRT, 126-132.